

PUSHBACK REPORT 2020

**DIE GEWALT NIMMT ZU – 2020 ZÄHLTE MARE LIBERUM
MINDESTENS 9.000 ILLEGAL ZURÜCKGEDRÄNGTE FLÜCHTENDE**





INHALTSVERZEICHNIS

| | |
|---|-----------|
| Selbstverständnis | 4 |
| Woher kommen unsere Zahlen? | 5 |
| Unsere Ziele | 5 |
| Kriminalisierung und Blockade durch Autoritäten | 6 |
| Pushbacks | 7 |
| Rechtliche Grundlagen | 8 |
| Die Situation in der Ägäis | 9 |
| Pushbacks in der Ägäis 2020 | 12 |
| Ankünfte, Pushbacks und Anzahl zurückgedrängter Flüchtender in der Ägäis | 12 |
| Pushback Strategien im Verlauf des Jahres | 15 |
| Auf Lesbos angekommen: Gefangen im Lager | 18 |
| Die Rolle von Pushbacks im EU-Türkei-Deal | 19 |
| Pushbacks: Ein europäisches Projekt | 22 |
| Beteiligung deutscher Akteur:innen an Pushbacks | 25 |
| Ausblick und Forderungen | 30 |
| Europäische Abschottungspolitik: Kein Ende in Sicht! | 31 |
| Unsere Forderungen | 32 |
| Quellen | 33 |



SELBSTVERSTÄNDNIS

Mare Liberum beobachtet mit eigenen Schiffen die Lage der Menschenrechte in der Ägäis. Als unabhängige Beobachter:innen veröffentlichen wir Recherchen, um die aktuelle Situation an der europäischen Grenze zu dokumentieren. Seit März 2020 ist Mare Liberum Zeugin einer dramatischen Zunahme von Menschenrechtsverletzungen in der Ägäis geworden, auf See wie an Land. Illegale Pushbacks, bei denen fliehende und migrierende Personen über eine Landesgrenze zurückgedrängt werden, spielen dabei eine besonders entscheidende Rolle. So sind Pushbacks, insbesondere im vergangenen Jahr, zu einer ebenso alltäglichen wie menschenverachtenden Realität für Menschen auf der Flucht geworden. Beinahe täglich passieren Pushbacks an der griechisch-türkischen Grenze. Allein im Jahr 2020 zählten wir 321 Vorfälle in der Ägäis, bei denen 9.798 Personen zurückgedrängt worden sind.

Obwohl Pushbacks nachweislich seit Jahren an der EU-Außengrenze durchgeführt werden, ist die mediale Aufmerksamkeit besonders in den vergangenen Monaten noch einmal spürbar gewachsen. So konnten Nachrichtenmagazine wie *DER SPIEGEL* und das Recherche-Kollektiv *Bellingcat* öffentlichkeitswirksam nachweisen, wie die griechische Küstenwache Schutzsuchende gewaltsam zurück in die Türkei drängt und dabei gegen internationales, europäisches und nationales Recht verstößt. Die europäische Grenzschutzagentur Frontex verschließt - wie nur allzu deutlich geworden ist - nicht nur die Augen vor illegalen Rückführungsaktionen, sondern beteiligt sich vielmehr aktiv und systematisch an diesen.

Im Rahmen des Jahresberichts wollen wir eine Perspektive auf Pushbacks einnehmen, welche die langfristige Entwicklung der Pushback-Prak-

tiken an der EU-Außengrenze in den Blick nimmt. Die umfassende Dokumentation von Pushbacks stellt dabei die Grundlage des Berichts dar und ist ein wesentlicher Teil unserer Monitoring-Arbeit in der Ägäis. Über die bloße Zählung der Pushbacks hinaus gehört auch das Sammeln relevanter Informationen zu den von Pushbacks betroffenen Personen, den Praktiken der verantwortlichen Akteur:innen sowie geographischer Daten zu unserer Arbeit. Tiefergehende Einblicke haben wir durch unsere Interviews mit Menschen erhalten, die selbst an der griechisch-türkischen Grenze zurückgedrängt worden sind.

WOHER KOMMEN UNSERE ZAHLEN?

Der vorliegende Jahresbericht basiert auf einer eigenen Zählung und Dokumentation der Pushbacks, die im vergangenen Jahr öffentlich wurden bzw. von denen wir selbst Kenntnis genommen haben. Das Sammeln von Informationen über Rechtsbrüche und Pushbacks im spezifischen, ist in einem extrem militarisierten Grenzgebiet, wie dem der Ägäis, eine schwierige Aufgabe. So setzen die verantwortlichen Akteur:innen, sei es die griechische Küstenwache oder auch Frontex, bislang alles daran, Pushbacks möglichst unmerkelt durchzuführen und die eigenen Menschenrechtsverbrechen zu verdecken.

Trotz dieser politisch beabsichtigten Intransparenz erfahren wir auf unterschiedlichen Wegen von Pushbacks. Zunächst gibt es die Pushbacks, von welchen wir direkt Kenntnis genommen haben. Dies erfolgt vor allem durch die Rekonstruktion von Pushbacks mittels der Aussagen von Zeug:innen. Darüber hinaus werden Fälle, die andere Organisationen wie *Alarm Phone* oder *Aegean Boat*

Report veröffentlichen haben, in unsere Dokumentation mit aufgenommen. Schließlich veröffentlicht die türkische Küstenwache regelmäßig Pushback-Fälle. Die Zahlen der türkische Küstenwache sollten dabei stets vor dem Hintergrund einer möglichen politischen Instrumentalisierung durch die türkische Regierung betrachtet werden. Auch deshalb versuchen wir mehrere Quellen für die einzelnen Fälle zu finden. Voneinander abweichende Zahlen und Informationen stellen dabei keine Seltenheit dar. Die dem Bericht zugrundeliegenden Zahlen sind daher als Annäherung an die tatsächlichen Zahlen zu verstehen. Angesichts der Intransparenz und der aktiven Verschleierung von Pushbacks durch die verantwortlichen Behörden ist davon auszugehen, dass 2020 tendenziell mehr Pushbacks durchgeführt wurden, als wir es hier annehmen.

UNSERE ZIELE

Mit unserer Dokumentation und Berichterstattung zu Pushbacks wollen wir den Druck auf staatliche Akteur:innen erhöhen. Klar ist: Die an Pushbacks beteiligten Behörden auf nationaler wie internationaler Ebene müssen für Menschenrechtsverletzungen zur Rechenschaft gezogen werden. Pushbacks lassen sich dabei nur als Teil einer insgesamt auf Abschottung und Abschreckung setzenden europäischen Grenzpolitik verstehen. Deren menschenverachtenden und mitunter tödlichen Ausmaße sind im vergangenen Jahr nur zu deutlich geworden. Der Abschreckungspolitik und der zunehmenden Externalisierung der europäischen Grenzen treten wir aktiv entgegen. Mare Liberum möchte Solidarität und universelle Menschenrechte stärken. Als unabhängige Instanz fordern wir sichere Fluchtwege und ein Recht auf

Bewegungsfreiheit für alle.

KRIMINALISIERUNG UND BLOCKADE DURCH AUTORITÄTEN

Neben der bloßen Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen in der Ägäis ist es unser Ziel, auch durch unsere aktive Präsenz an der griechisch-türkischen Seegrenze illegale Push- und Pullback-Aktionen zu verhindern und im Zweifelsfall auf Menschenrechtsverletzungen zu verweisen. So sind wir mit einem unserer Schiffe, der *MARE LIBERUM*, vor der Küste der griechischen Insel Lesbos präsent. Der aktive Einsatz an der EU-Außengrenze war im Jahr 2020 jedoch kaum möglich. Die Gründe hierfür sind erstens massive Einschränkungen durch Corona-Maßnahmen, zweitens die Blockade beider Schiffe durch deutsche Behörden sowie drittens eine Kriminalisierung, die unsere freiwilligen Aktivist:innen und unser Verein derzeit in Griechenland erfahren.

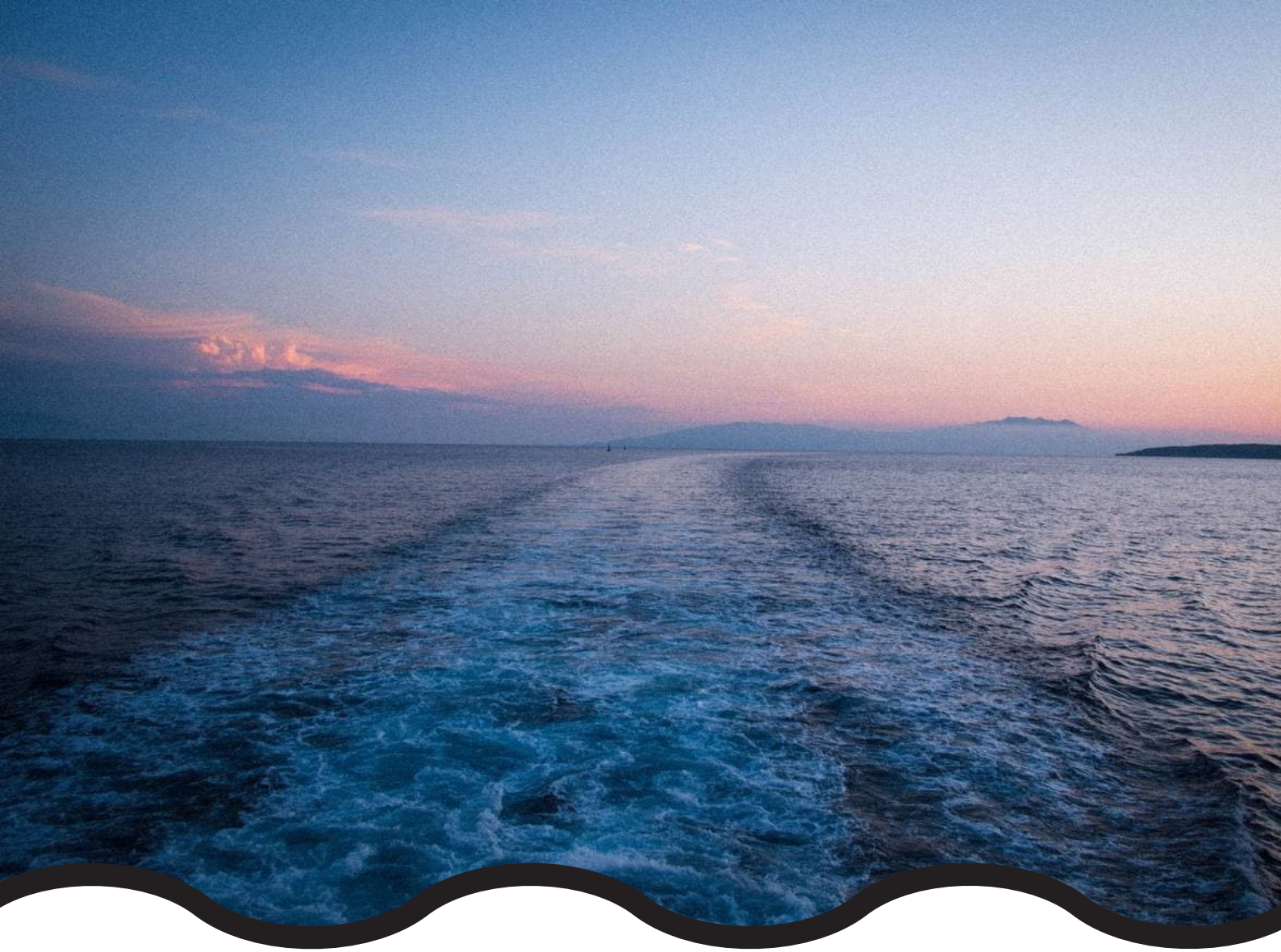
Das von Andreas Scheuer (CSU) geleitete *Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI)* setzte beide Schiffe von Mare Liberum am 19. August 2020 fest. Diese Festsetzung war nur aufgrund einer Änderung der Schiffssicherheitsverordnung möglich, die gezielt durchgeführt wurde, um das Auslaufen von Schiffen für den Einsatz für Menschenrechte und Rettungseinsätze zu verhindern [1].

Das Verwaltungsgericht Hamburg gab Mare Liberum schließlich in zweierlei Hinsicht Recht. Am 2. Oktober 2020 verkündete das Gericht, dass die Schiffe von Mare Liberum unter der geltenden Rechtslage keine Schiffssicherheitszeugnisse benötigen, die Festhalteverfügungen gegen die Schiffe wurden damit aufgehoben. Darüber hi-

naus entschied das Verwaltungsgericht, dass die Änderung der Schiffssicherheitsverordnung durch Verkehrsminister Scheuer ungültig war: sie verstieß gegen Europarecht.

Neben der aktiven Behinderung unserer Arbeit durch das *BMVI* sieht sich Mare Liberum der Kriminalisierung durch griechische Behörden ausgesetzt. Am 28. September 2020 verlautbarte die griechische Polizei per Pressemitteilung, dass gegen 35 Personen und vier NGOs auf Lesbos ermittelt wird. Mare Liberum wird nicht offiziell genannt, jedoch in der griechischen Presse bereits mit schwerwiegenden Vorwürfen in Verbindung gebracht. Bereits am 5. September stürmten etwa 25 Beamt:innen der Polizei, der griechischen Küstenwache und einer Spezialeinheit die *MARE LIBERUM*. Weder über Rechtsgrundlagen, die Absicht des Einsatzes, noch über den Ablauf der Maßnahme wurden die Crew-Mitglieder während der Durchsuchung informiert. Das Schiff wurde zwei Stunden lang durchsucht, alle Telefone und Computer wurden beschlagnahmt. Nach der Razzia mussten vier Besatzungsmitglieder fast sechs Stunden lang ohne Angabe von Gründen in der Polizeistation bleiben. Unter diesen neuerlichen Repressionen war der Einsatz weiterer Crews an Bord unseres Schiffes unverantwortlich.

Dennoch konnten wir im Jahr 2020 viele Pushbacks statistisch erfassen, Interviews mit Augenzeug:innen führen, sowie in einigen Fällen genauere Untersuchungen anstellen, um damit im Laufe des Jahres einen Beitrag zur medialen Thematisierung von Pushbacks in der Ägäis zuleisten.



PUSHBACKS

Bei einem Pushback (englisch: to push- drücken, drängen, schieben) werden Flüchtende zurück über eine Grenze gedrängt, die sie gerade überquert haben [2]. In der Ägäis bedeutet das, dass ein Boot die Seegrenze zwischen der Türkei und Griechenland passiert hat, in griechische Hoheitsgewässer eingedrungen ist und dann, in der Regel von der griechischen Küstenwache, zurück in türkische Gewässer gedrängt wird. Flüchtenden wird dabei die Möglichkeit Asyl zu beantragen verwehrt. Das bedeutet, dass sie keinen Zugang zu internationalem Schutz und zum europäischen Migrationssystem bekommen. Weder die Herkunft, noch die persönliche Geschichte oder das Vorhan-

densein von Dokumenten spielen dabei eine Rolle. Pushbacks sind keine Abschiebungen. Ein Pushback ist die willentliche Verhinderung von Schutz unter Anwendung von Gewalt.

Für diesen Schutz müssen Menschen auf der Flucht großes Leid ertragen. Sie sind körperlicher und psychischer, häufig auch sexualisierter Gewalt ausgesetzt und riskieren auf dem Weg oft mehrfach ihr Leben. Es gibt keine sicheren Fluchtwege, weshalb das illegalisierte Einreisen für viele Flüchtende die einzige Möglichkeit ist, einen Asylantrag zu stellen. Nicht zuletzt die Überfahrt in seeuntüchtigen und hoffnungslos überfüllten

Schlauchbooten stellt dabei eine konkrete Lebensgefahr dar. Pushbacks machen diese ohnehin höchstgefährliche Überfahrt zu einem potentiell tödlichen Unterfangen. Den Fliehenden wird zudem der Zugang zum Asylsystem systematisch verwehrt. Nach dem Erreichen von europäischem Boden bzw. Gewässern wieder zurückgedrängt zu werden, stellt darüber hinaus eine hochgradig traumatisierende Erfahrung dar.

RECHTLICHE GRUNDLAGEN

Obwohl Pushbacks auf dem Meer ein wenig anders funktionieren als Pushbacks an Land, so haben sie doch die gleiche, gegen EU- und Völkerrecht verstoßende Grundlage. Die Gewässer, die sich innerhalb einer 12-Seemeilen-Zone von der Küste befinden, sind Hoheitsgewässer des jeweiligen Staates. Alles darüber hinaus sind internationale Gewässer. Daher finden Pushbacks auf dem Meer grundsätzlich in zwei verschiedenen Szenarien statt. Szenario 1 stellt eine Abweisung außerhalb des staatlichen Hoheitsgebietes und Szenario 2 eine Abweisung innerhalb dessen dar.

Gerät ein Boot in internationalen Gewässern in Seenot, das sind grundsätzlich überfüllte und kaputte Schlauchboote, dann ist gemäß des UN-Seerechtsübereinkommens von 1982 und dem Übereinkommen zur Seenotrettung von 1979 jede:r Kapitän:in dazu verpflichtet, den in Seenot geratenen Personen Hilfe zu leisten. Ein Pushback verstößt gegen diese Übereinkommen.

In der Ägäis ist die Distanz zwischen den griechischen Inseln und dem türkischen Festland oft so klein, dass es keine internationalen Gewässer gibt und die Hoheitsgewässer Griechenlands und der Türkei aneinander grenzen. Daher ist hier vor allem

Szenario 2 relevant. Selbstverständlich gilt nach wie vor, dass Menschen in Seenot gerettet werden müssen. Jedoch kommt hinzu, dass Pushbacks aus nationalen Gewässern gegen den Grundsatz der Nichtzurückweisung (non-refoulement) verstoßen. Dieser ist sowohl in der EU-Grundrechtecharta, als auch im Völkerrecht festgeschrieben. Nach der Genfer Flüchtlingskonvention hat jede:r das Recht internationalen Schutz zu ersuchen. Nach dem non-refoulement Prinzip dürfen Staaten also niemanden abweisen, die:der mit der Absicht Asyl zu beantragen einreist.

Zudem betreffen Pushbacks auf dem Meer fast immer eine Gruppe von Menschen, die in der Regel zusammen in einem Boot die Grenze überqueren. Sammelabschiebungen, zu denen in diesem Fall auch Gruppenpushbacks zählen, sind ebenfalls nach der EU-Grundrechtecharta verboten [3][4].

Die Illegalität von Pushbacks ist jedoch nur ein Teil des Problems. In der Regel sind Pushbacks sehr gewalttätig und riskieren das Überleben von Menschen auf der Flucht. Durch Pushbacks wird Flüchtenden also nicht nur die Möglichkeit genommen Schutz zu finden, sie werden darüber hinaus tatsächlicher Lebensgefahr ausgesetzt.

Pushbacks sind Demütigungen, mit denen die Behörden Flüchtenden das Recht aberkennen, als Menschen würdevoll behandelt zu werden. Abgesehen von dem Rechtsbruch, den ein Pushback darstellt, handelt es sich um einen Akt massiver physischer und psychischer Gewalt. Flüchtende werden dabei wie eine homogene Masse behandelt, die es zu erziehen gilt und die für ihren Fluchtversuch bestraft werden muss, um eine Wiederholung zu verhindern. Abschreckung durch Gewalt wird somit systematisch als politisches In-

strument an der Außengrenze Europas eingesetzt. Dass diese politische Strategie nicht funktioniert, hat sich in den letzten Jahren mehr als deutlich gezeigt. Das Einzige was dadurch erreicht wird ist, dass Menschen gebrochen und ihre Leben zerstört werden. Flüchtende sind derweil dazu gezwungen, noch gefährlichere Routen zu wählen und aus Geldmangel in noch unsicherere Boote zu steigen. Denn die meisten, die in die Türkei zurückgedrängt wurden, versuchen es wieder und wieder. Aus dem einfachen Grund: Sie haben keine andere Option.

DIE SITUATION IN DER ÄGÄIS

Die ägäischen Inseln sind geographisch nahe an der Türkei gelegen. An manchen Stellen sind nur wenige Kilometer zu überwinden, um von einer Küste zur anderen zu gelangen. Das bedeutet auch, dass es keine internationalen Gewässer, sondern eine Seegrenze zwischen Griechenland und der Türkei gibt. Diese teilt auch die Rettungszonen auf dem Meer auf. Kurz gesagt, in griechischen Hoheitsgewässern ist die griechische Küstenwache und in türkischen Gewässern die türkische Küstenwache für die Koordination der Rettungsaktionen zuständig. Neben diesen beiden Akteur:innen sind auch verschiedene Schiffe unter Frontex- oder NATO-Kommando in der Ägäis unterwegs und an Pushbacks beteiligt (mehr dazu in Punkt 4).

Pushbacks sind seit Jahren Teil des griechischen "Grenzschutzes", jedoch waren bis Anfang 2020 vor allem Pullbacks zu beobachten.

Bei einem Pullback (englisch: to pull- ziehen) kann sich das Boot in dem einen oder anderen Hoheitsgewässer befinden. In beiden Fällen wird es von den türkischen Behörden zurück gezogen, Richtung türkisches Festland. Ein weiteres Szenario

beinhaltet das Abfangen und Blockieren von Booten direkt an der Seegrenze, beispielsweise durch Frontexschiffe. Diese hindern, unter Anwendung von militärischer Gewalt, die Boote am Weiterfahren, bis die türkische Küstenwache kommt und die Menschen, auch in diesem Falle, mit ans türkische Festland nimmt oder sprichwörtlich zieht.

2020 hat die Zahl der dokumentierten Pushbacks stark zugenommen. 9.798 Menschen wurden illegal von der griechischen Küstenwache und Frontex zurückgedrängt. Seit März 2020 sind das im Durchschnitt mehr als ein Pushback pro Tag. Dabei hat die griechische Küstenwache mehrere Strategien entwickelt, die sich gegenseitig an Grausamkeit übertreffen.

PUSHBACKS MIT RETTUNGSINSELN

Die griechische Küstenwache zwingt Flüchtende in Rettungsinseln oder -boote, zieht diese in türkische Gewässer und lässt sie dort weitertreiben. Die Rettungsinseln und -boote sind eigentlich zur Rettung in Seenot geratener Menschen gedacht. Sie sind nicht motorisiert, manövrierunfähig und aus Plastik. Grundsätzlich sollten sie nur so kurz wie möglich und in Notfällen zum Einsatz kommen. Das Benutzen von Rettungsmaterialien bei Pushbacks ist nicht nur zynisch, sondern auch extrem gefährlich und herabwürdigend.

PUSHBACKS ZU KLEINEN, MEIST UNBEWOHNTEN INSELN

Die griechische Küstenwache nimmt Flüchtende an Bord eines ihrer Schiffe, fährt zu einer kleinen Insel in türkischen Gewässern und lässt die Menschen dort zurück. Oft sind die Inseln unbewohnt oder haben nur minimale Infrastruktur. 2020 haben wir von verschiedenen Fällen gehört, in denen Flüchtende auf den Inseln Başak, Boğaz und

Bayrak ausgesetzt wurden.

„Wir waren 25 in dem Boot. Wir erreichten Samos um 16 Uhr. Wir blieben für vier Stunden auf Samos. Die Griech[:innen] suchten nach uns. Die Polizei brachte uns zurück zum Strand und warf uns in ihr Schiff. Dann brachten sie uns zu einem kleinen Hügel, einer kleinen Insel. Außerdem riefen sie die Türk[:innen], um zu kommen und uns zu suchen. Sie warfen unsere Taschen ins Wasser, unsere Geräte ins Wasser und alles.“

Geflüchteter über seine Pushback Erfahrung im März 2020 gegenüber Mare Liberum.

PUSHBACKS DURCH MASKIERTE

Maskierte in Schnellbooten greifen Flüchtende auf dem Wasser an. Oftmals mit Eisenstangen und Schusswaffen bewaffnet, sabotieren sie die kleinen Boote und schlagen Flüchtende. Zudem gibt es Berichte und Videos, die Schüsse ins Wasser oder auf die Schläuche der Boote bezeugen. Es gibt viele Hinweise darauf, dass es sich hierbei nicht um Milizen, sondern Mitglieder der griechischen Küstenwache handelt.

PUSHBACKS DURCH WELLEN-MANÖVER, "CAP-SIZING"

Schiffe der griechischen Küstenwache manövrieren in engen Kreisen um die in Seenot befindlichen Schlauchboote. Die dabei entstehenden Wellen treiben die Boote zurück in türkische Gewässer und sind von solcher Kraft, dass sie die Boote zum Kentern bringen können.

SABOTAGE DES SCHLAUCHBOOTES

Bei fast allen Pushbacks sabotiert die griechische Küstenwache das Schlauchboot der Flüchtenden

um sicherzugehen, dass die Boote nach dem Pushback nicht zurück in griechische Gewässer fahren können. Motoren, der Treibstoff oder der ganze Tank werden zerstört oder entfernt. Die Schläuche der Boote, welche die Auftriebselemente sind, werden aufgeschlitzt oder zerschossen. Kurzum, die Schlauchboote werden so weit sabotiert, dass sie dem Sinken nahe sind. Sie werden dann meist in türkische Gewässer gezogen und sich selbst überlassen.

„Einer von denen schoss in die Luft und alles und schlug dann unser Boot [mit einem Stab]. Er schlug und schlug und schlug. Dann verlangte er vom Bootsfahrer den Motor zu stoppen. Alle begannen zu betteln und zu flehen und um Vergebung zu betteln. Gleichzeitig schossen sie auf das Meer. Wir schrien, wir bettelten. Dann kam einer von ihnen in unser Boot. Er stoppte den Motor. Er nahm den Motor und warf ihn ins Meer.“

Geflüchteter über seine Pushback Erfahrung im März 2020 gegenüber Mare Liberum.

"GREEK WATER POLO"

Bei vielen Pushbacks kommt es zu so genannten Standoff-Situationen auf dem Meer. Oft sind sowohl die griechische und türkische Küstenwache, als auch Frontex und die NATO anwesend. Die Schiffe der verschiedenen Behörden bleiben in Nähe des Schlauchbootes in Seenot und schieben dieses vor und zurück. Dabei weigern sich alle Parteien die Flüchtenden zu retten. Diese Standoffs können mehrere Stunden dauern und führen dazu, dass manche der Schlauchboote über 24 Stunden auf dem Wasser sind.

PUSHBACKS VON LAND

Die Flüchtenden haben bereits eine der ägäischen Inseln erreicht, wurden dort jedoch nicht registriert, sondern stattdessen wieder aufs Meer zurückgebracht und in türkischen Gewässern ausgesetzt.

„Er wollte nicht mit uns kommen als wir das Meer überquert haben. Aber als er hörte, dass fast alle von uns es geschafft haben, versuchte er Samos zu erreichen. Sie kamen an der Küste an und wurden in einen Bus gesetzt, aber sie wurden nicht zu einem Lager gebracht. Stattdessen wurden sie zurück an die Küste gebracht, in ein mini mini Schlauchboot gesetzt, wie ein Kinderspielzeug, und dann haben sie [die griechische Küstenwache] sie aufs Meer gebracht und dort zurück gelassen. Danach ist das Boot gesunken und er ertrank.“

Zwei Geflüchtete über den Tod ihres Freundes in einem Pushback im Mai 2020 gegenüber Mare Liberum.

Augenzeug:innenbericht

Am Morgen des 30. April 2020 kam ein Boot mit 14 Geflüchteten auf der Insel Chios an. Kurz darauf war die griechische Küstenwache mit mindestens einem Schiff und Beamt:innen, die mit dem Auto ankamen, vor Ort. Einige der Migrant:innen versuchten, sich vom Strand zu entfernen, wurden jedoch von den Beamt:innen der Küstenwache aufgegriffen und in ein im Bau befindliches Gebäude gebracht. Einheimische, die den Tatort beobachteten, wurden weggeschickt. Etwas später näherte sich das Schiff der Küstenwache wieder der Küste und fuhr dann in Richtung offenes Meer, also in Richtung Türkei, ab, während es mindestens ein Schlauchboot hinter sich her zog. Die Augenzeuginnen sahen nicht, wie die Migrant:innen an Bord des Schiffes gelangten, aber unter allen Umständen erscheint dies sehr wahrscheinlich.

In den frühen Morgenstunden des nächsten Tages wurden 14 Migrant:innen von der türkischen Küstenwache von der kleinen Insel Bogaz, eher einem Felsen, vor der Insel Chios gerettet. Die Geflüchteten wurden zum Hafen von Çeşme gebracht.



PUSHBACKS IN DER ÄGÄIS 2020

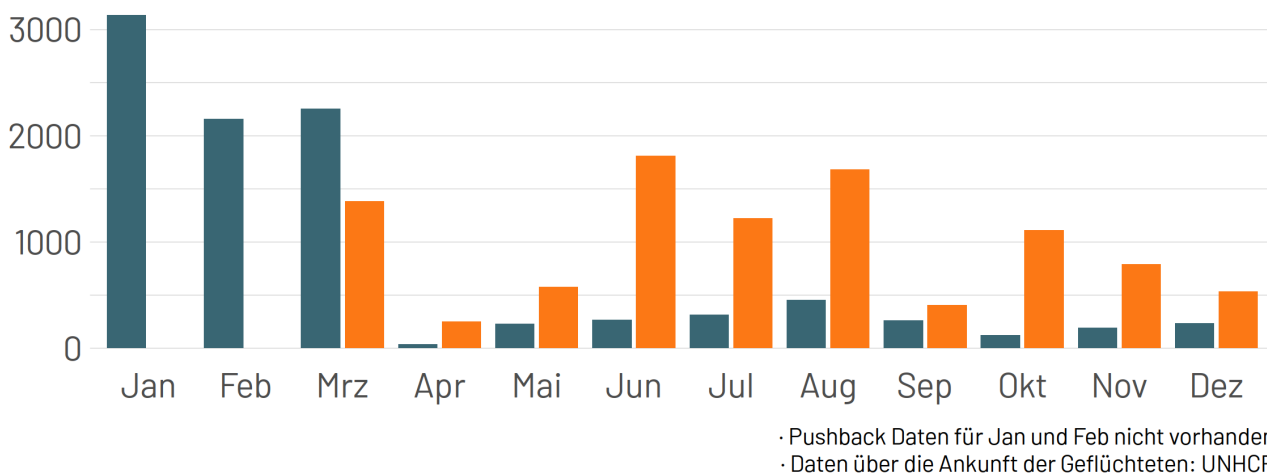
Ende Februar 2020 trieb der türkische Staatspräsident Erdogan in einem perfiden politischen Spiel tausende Geflüchtete an die türkisch-griechische Grenze. Als Demonstration seiner Macht öffnete Erdogan die Grenze, um die EU weiter unter Druck zu setzen. Es war, als hielten alle den Atem an in der Erwartung, dass Massen von Booten die griechischen Inseln erreichen würden. Einige wenige kamen an und dann: Nichts! Die Zahl der Ankommenden fiel auf einen historischen Tiefstand mit einer nie dagewesenen Dauer von 35 Tagen, ohne dass ein einziges Boot Lesbos erreichte. Das Ausbleiben von Ankünften lag nicht etwa daran, dass es weniger Menschen gab, die sich gezwungen sa-

hen zu fliehen, sondern daran, dass das Ägäische Meer zu einer geschlossenen, militarisierten Zone wurde. In dieser werden systematisch brutale Taktiken angewandt, ohne Rücksicht auf das Völkerrecht, die Menschenrechte oder die Leben der Flüchtenden.

ANKÜNFTE, PUSHBACKS UND ANZAHL ZURÜCKGEDRÄNGTER FLÜCHTENDER IN DER ÄGÄIS

Im Jahr 2020 sind rund 9.714 Flüchtende auf den ägäischen Inseln angekommen. Dies ist der niedrigste beobachtete Wert, basierend auf Daten zu

Anzahl an Menschen, die **angekommen** sind und die **zurückgedrängt** wurden



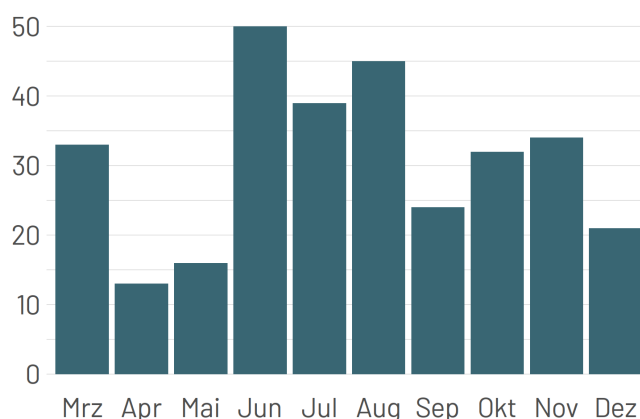
Ankünften vom *UNHCR*, die seit 2014 verfügbar sind. Zum Vergleich erreichten 2019 noch 59.726 Flüchtende die ägäischen Inseln, während es 2015 rund 856.723 Menschen waren [5]. Über 75% der Ankünfte in 2020 konnten dabei im ersten Quartal verzeichnet werden. Dabei ist ab April 2020 ein kompletter Einbruch zu verzeichnen, unter anderem bedingt durch den Beginn der COVID-19-Pandemie in der Ägäis. Im restlichen Jahr kam es nur zu einem leichten Anstieg der Ankünfte.

Über das gesamte Jahr hinweg hat die Pandemie nicht nur die Situation für Asylsuchende auf den Inseln verschlechtert, sondern auch für Migrant:innen, die versuchen, diese über die Ägäis zu erreichen. Angesichts der Bedrohung durch die Pandemie sperrte die griechischen Behörden im Frühjahr den allgemeinen Seeverkehr und blockierte zudem Organisationen, die es sich zur Aufgabe gemacht hatten, die Einhaltung von Menschenrechten zu überwachen, wie z.B. *Mare Libe-rum* selbst.

Im Gegenzug zu den sinkenden Ankünften auf den griechischen Inseln nimmt die Anzahl an Men-

schen, die in die Türkei zurückgedrängt werden bis heute massiv zu. Die Pushback-Zahlen liegen ab April konstant über denen der Ankünfte und sind teilweise sogar bis zu neunmal so hoch. Die niedrigen Ankunfts-zahlen lassen sich also als unmittelbares Ergebnis einer aktiven Praxis der Abwehr und Zurückweisung von Fliehenden an der griechisch-türkischen Grenze verstehen. Die meisten zurückgewiesenen Personen konnten in den überfahrtsreichen Sommermonaten verzeichnet werden. Von den insgesamt 9.798 zurückgewiesenen Flüchtenden in 2020 fallen 4.727 in den Sommer. Die meisten Flüchtenden wurden im Juni (1.814 Menschen) zurückgedrängt. Der nie-

Anzahl an Pushbacks pro Monat



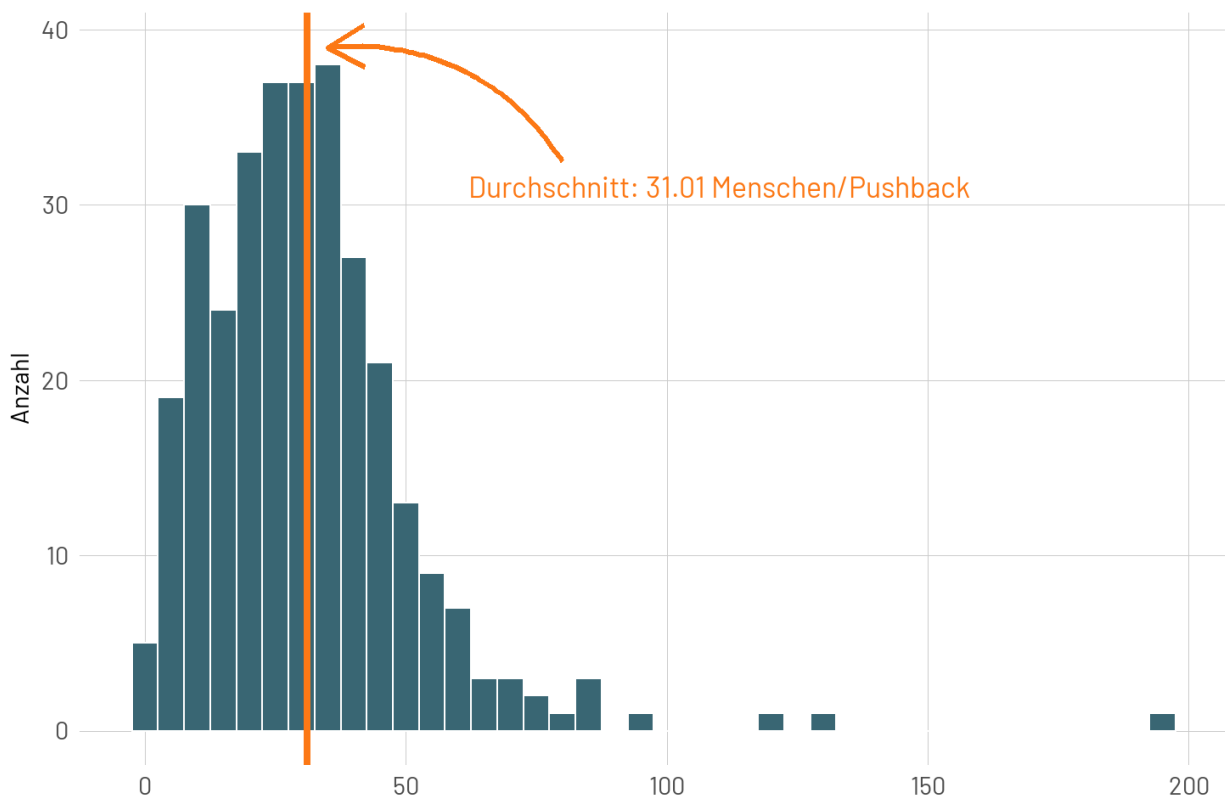
drigste Wert ist im April zu verzeichnen, jedoch wurden selbst dort 252 Menschen ihrer Rechte beraubt und illegal in die Türkei zurückgeführt.

Die Betrachtung der Gesamtanzahl von Pushbacks zeigt eine ähnliche Entwicklung. Insgesamt 321 Pushbacks konnten wir im Jahr 2020 zählen. Ähnlich wie bei der Anzahl an zurückgewiesenen Personen wurden die wenigsten Pushbacks im April (14 Fälle) und die meisten im Juni (50 Fälle) dokumentiert. In mehr als der Hälfte der betrachteten Monate lag die Anzahl von Pushbacks über 30 Fällen pro Monat.

Der griechische Minister für Migration und Asyl, Notis Mitarakis, hat stolz verkündet, dass die Ankünfte per Boot auf den griechischen Inseln um 96% gesunken seien gegenüber dem Wert des Vorjahres. Dass dies nicht aufgrund einer gesunkenen

Zahl derer geschah, die überhaupt zu fliehen versuchten, sondern an der extrem kriminellen, brutalen und systematisierten Praxis der Pushbacks durch die griechische Küstenwache unter Beteiligung von NATO und Frontex liegt, hat er beflissenlich verschwiegen [6]. Ioannis Plakiotakis, Minister für Schifffahrt und Inselpolitik, also auch für die Küstenwache verantwortlich, sprach seinerseits bereits im September stolz von 10.000 Menschen, deren Ankunft verhindert wurde [7]. Die illegale Praxis der Pushbacks wird damit politisch durch die konservative Regierung Griechenlands gedeckt. Bei einem Besuch der griechischen Grenztruppen auf dem Festland nach massenhaften, gewalttätigen und in einem Fall tödlichen Pushbacks über den Grenzfluss, bedankte sich EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen einzig für die Aufrechterhaltung der Ordnung und gab kein Wort der Kritik über die Tätigkeiten der griechischen

Anzahl an Menschen pro Pushback



Grenzschützer:innen von sich [8]. Das Leid hinter diesen Zahlen ist unermesslich und doch zum Alltag in der Ägäis geworden.

Im Durchschnitt wurden ca. 31 Menschen pro Pushback zurück in die Türkei gedrängt. In 87% aller Fälle sind es Pushbacks mit 50 oder weniger Menschen pro Fall. Dies ergibt:

- 39 Pushbacks mit 31-35 Zurückgedrängten
- 37 Pushbacks mit 21-25 Zurückgedrängten
- 32 Pushbacks mit 26-30 Zurückgedrängten

In 33 Fällen wurden Pushbacks mit 50-100 Menschen dokumentiert. Fälle mit mehr als 100 Flüchtenden an Bord dokumentierten wir dreimal. Am 15. September 2020 ereignete sich ein Fall mit einem Menschen. Knapp einen Monat später, am 20. Oktober 2020 wurden 197 Schutzsuchende innerhalb eines Pushbacks zurück gedrängt.

Augenzeug:innenbericht

Am 20. Oktober waren insgesamt 197 Menschen auf dem Weg nach Italien und wurden zwischen Rhodos und Simi von der griechischen Küstenwache aufgegriffen. Sie wurden auf zwei Schiffe der Küstenwache verteilt: 121 Männer und Jungen auf ein Schiff, die 76 verbliebenen Familienmitglieder auf ein anderes Schiff. Einige versteckte Mobiltelefone entgingen der Beschlagnahmung. Mit ihnen wurde Bild- und Videomaterial erzeugt, welches belegt, dass einige der Flüchtenden von der Küstenwache misshandelt wurden. Die erste Gruppe von 121 Flüchtenden wurde in drei Rettungsinseln kurz vor Sonnenaufgang in der Nähe von Rhodos ausgesetzt und gegen 8:50 Uhr von der türkischen Küstenwache aufgenommen. Die 76 Menschen der zweiten Gruppe wurden in

vier Rettungsinseln gegen Mittag nordwestlich von Simi ausgesetzt und erst nach mehreren Stunden gegen 17:30 Uhr durch die türkische Küstenwache südwestlich von Datça aufgefunden.

PUSHBACK STRATEGIEN IM VERLAUF DES JAHRES

Die verschiedenen Pushback Strategien (siehe Kapitel 3) sind schwer zu dokumentieren, da es nur wenig Informationen zu dem gibt, was die Küstenwachen und europäischen Behörden auf dem Meer tun. Wir gehen davon aus, dass in den meisten Fällen die Schlauchboote zerstört werden und die Menschen darin körperlicher und psychischer Gewalt ausgesetzt sind. Zudem werden die Flüchtenden bei jedem Pushback auf dem Meer oder auf kleinen Inseln im Meer ausgesetzt.

Häufig passiert dies mit Hilfe von Rettungsinseln. Den ersten Pushback mit Hilfe von Rettungsinseln in der Ägäis haben wir am 23. März 2020 registriert. Seitdem wurden 3.033 Menschen in 92 Fällen von der griechischen Küstenwache in Rettungsinseln oder -booten auf dem Meer ausgesetzt und dort ihrem Schicksal überlassen. Der Einsatz von Rettungsinseln ist zu einem gängigen Mittel der griechischen Küstenwache geworden und nahm zum Ende des Jahres noch einmal leicht zu.

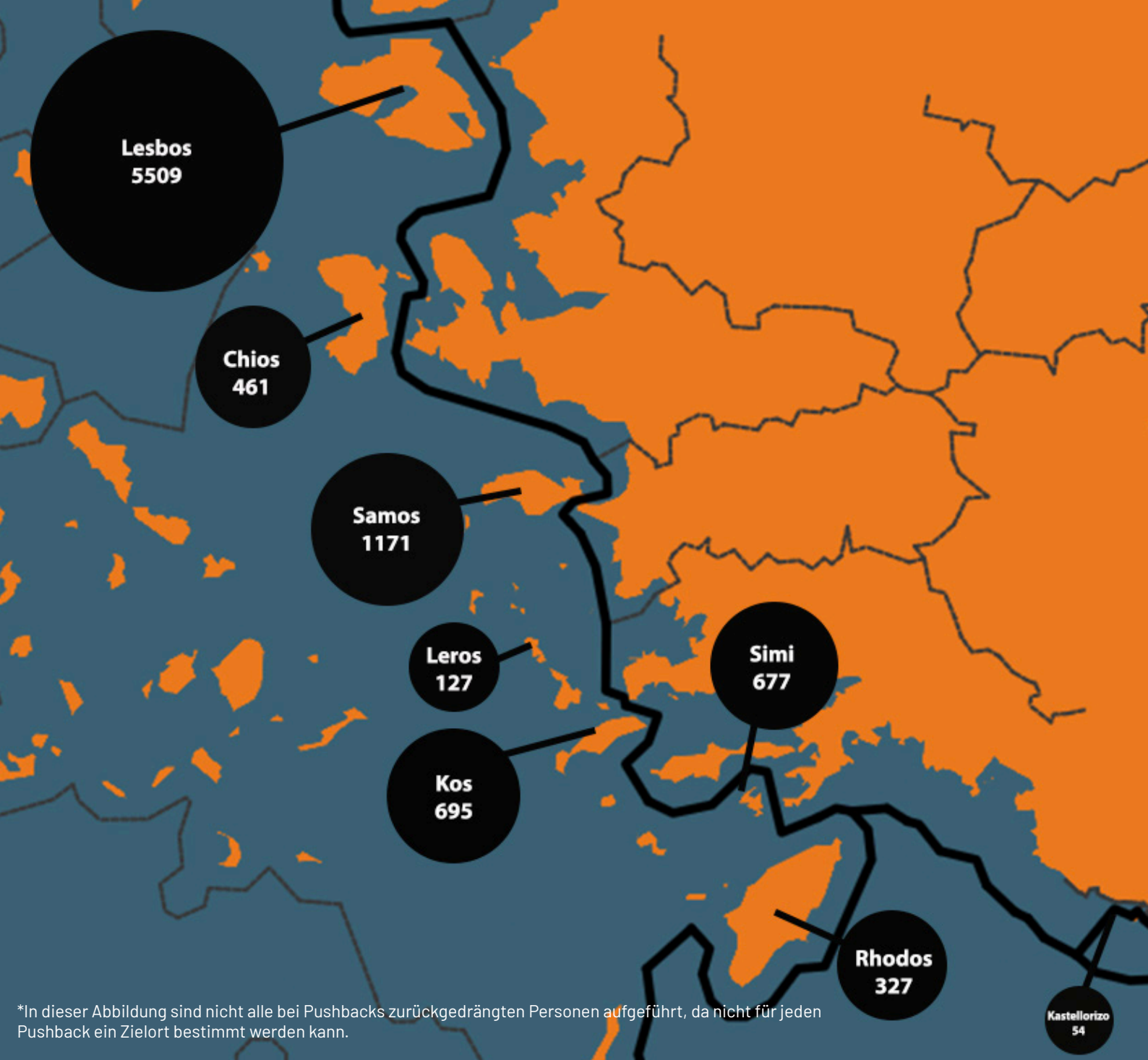
Eine andere Pushback Strategie, die die Migrationsdynamiken über die Ägäis stark geprägt hat, sind die Pushbacks von Land. Wir wissen von 26 verschiedenen Fällen im Jahr 2020, in denen 778 Flüchtende eine der ägäischen Inseln bereits erreicht hatten, dort jedoch nicht registriert, sondern stattdessen wieder aufs Meer zurückgebracht und in türkischen Gewässern ausgesetzt wurden. Der



erste Fall dieser Art war ein Pushback am 6. März 2020, bei dem 34 Menschen von Samos zu der türkischen Insel Bayrak gebracht wurden. Bis August 2020 gab es immer wieder vereinzelte Fälle in denen Flüchtende von Samos, Simi oder Chios zurückgedrängt wurden. Seit August wird diese Praxis auch vermehrt auf Lesbos angewendet. 17 solcher Fälle sind uns bekannt.

Bevor illegale Pushbacks, auch von Land, zum traurigen Standard im Umgang mit ankommenden Menschen etabliert wurden, kontaktierten

Geflüchtete oder Menschen, die von ihrer Ankunft erfuhren, die griechischen Behörden, damit die Geflüchteten Asyl beantragen und registriert werden konnten. Jetzt verstecken sich die wenigen Menschen, die es schaffen auf griechischem Boden anzukommen in Panik vor der griechischen Polizei - unsicher, an wen sie sich wenden sollen, um die Hilfe zu bekommen, die ihnen zusteht.



ANZAHL VON PUSHBACKS AUF DEN VERSCHIEDENEN FLUCHTROUTEN

Aufgrund der Gebiete, in denen die Geflüchtetenboote aufgegriffen werden, kann auf das vermutliche Ankunftsziel zurückgeschlossen werden. Sowohl in Bezug auf die Anzahl der Pushbacks auf See, als auch auf die Anzahl der zurückgedrängten Menschen zeigt sich, dass Pushbacks auf der Fluchtroute nach Lesbos am häufigsten stattfinden.

Insgesamt wurden über 50% aller Pushbacks in der Ägäis (161 Fälle) mit über 57% aller zurückgedrängten Flüchtenden (5590 Personen) auf dieser Fluchtroute festgestellt. An zweiter Stelle kommt mit 40 Pushbacks und 1171 Flüchtenden die Fluchtroute nach Samos. Danach folgen knapp hintereinander Simi (28 Pushbacks, 677 Flüchtende) und Kos (31 Pushbacks, 695 Flüchtende). Diese Zahlen gehen einher mit den häufigsten Ankunfts-orten aus den vorherigen Jahren, bei welchen sich die meisten Überfahrten und Ankünfte auf Lesbos und Samos ereigneten [9]. Im Vergleich zu den

vorherigen Jahren kommen die Menschen jedoch nicht mehr an, sondern werden vorher abgefangen und zurück in die Türkei gedrängt.

Obwohl diese Menschenrechtsverletzungen vor den Küsten einzelner Inseln stattfinden, können sie nicht isoliert voneinander betrachtet werden. Die konservative Regierung Griechenlands und die Europäische Union verfolgen aktiv eine Politik der Kontrolle und der Ausgrenzung von Migrant:innen. Dies spiegelt sich in vermehrt "geschlossenen" Lagern, rassistischen Schutzmaßnahmen in Bezug auf COVID-19 und zunehmenden Pushbacks wieder. All dies führt zu mehr Kontrolle über Geflüchtete und zu einer weiteren Einschränkung ihrer Handlungsspielräume und ihrer Autonomie.

AUF LESBOS ANGEKOMMEN: GEFANGEN IM LAGER

Am 1. März 2020 verkündete die griechische Regierung, dass es fortan kein Recht auf Asyl für Neuankommende mehr gäbe und diese direkt abgeschoben würden. Diese Erklärung wurde nach wenigen Wochen zurück genommen und war die Reaktion auf die Öffnung der Grenzen seitens der türkischen Regierung. Menschen, die vor dem 14. März des Jahres ankamen, wurden zunächst auf einem Kriegsschiff festgehalten. Sie wurden später in die Camps Malakasa und Serres auf dem Festland gebracht.

Alle, die nach dem 14. März 2020 ankamen, wurden unter schrecklichen Bedingungen gezwungen, am Strand oder im Hafen im Norden der Insel zu bleiben. Manche von ihnen lebten über einen Monat in Ungewissheit und unter schwierigsten Bedingungen. Sie wurden willkürlich unter Arrest gestellt, ohne die Möglichkeit, ihr Recht auf Asyl in An-

spruch zu nehmen. Sie wurden von der Polizei bewacht und durften selbst nach Ablauf einer Quarantäne von zwei Wochen das provisorische Camp nicht verlassen. Auch durfte niemand das Camp betreten.



Ab Mai wurden Menschen, die auf Lesbos ankamen im Quarantänelager "Megala Therma" im Norden der Insel untergebracht. Die lokalen Behörden auf Lesbos nutzten die Corona-Krise nicht nur als Vorwand, um permanente Camps wie Moria unter Lockdown zu sperren, sondern auch um weitere geschlossene Camps zu errichten. In diesem Kontext spielt das Coronavirus als politisches Instrument eine ambivalente Rolle: Wenn es um Repressionsmassnahmen geht, ist COVID-19 stets das erste Argument (z.B. für die Abriegelung der Lager und die damit einhergehende Verhinderung, dass NGOs und solidarische Strukturen ihre Arbeit leisten können). Wenn es jedoch um den Schutz und die Sicherheit von Flüchtenden geht, scheint COVID-19 nie ein Hauptanliegen der Behörden zu sein. Weder das alte Moria noch das neue Lager verfolgen die Absicht, Infektionsschutzmaßnahmen zu erfüllen. Vielmehr sind die Wohn- und Hygienesituationen in den Quarantäne Camps katastrophal und erhöhen das Risiko von COVID-19 Ausbrüchen um ein Vielfaches.

In Geflüchtetenlagern ist es ein Ding der Unmöglichkeit, notwendige Abstandsregeln einzu-

halten. In Moria lebten Anfang des Sommers rund 16.000 Menschen, obwohl es ursprünglich nur für 2.800 Menschen konzipiert wurde. Dichte Schlangen vor den Lebensmittel- und Wasserverteilungsstellen zeigen den Platzmangel und die weitaus greifbarere Sorge der Geflüchteten, die Grundversorgung ihrer Familien nicht gewährleisten zu können. Wie ist es möglich, "angemessene Hygienestandards" aufrechtzuerhalten, wenn eine Toilette die Bedürfnisse von mehr als 100 Menschen erfüllen soll und man sich mit über 1.000 Personen einen Wasserhahn teilen muss, um sich die Hände zu waschen?

Nach jahrelangem Wegschauen seitens der EU und Griechenlands ist das Geflüchtetenlager Moria auf Lesbos in der Nacht vom 8. auf den 9. September 2020 komplett abgebrannt. Das ganze Ausmaß des Brandes wurde einige Tage später sichtbar: Zelte, Container und sanitäre Anlagen waren größtenteils zerstört, rund 13.000 Geflüchtete wurden "obdachlos" und harrten auf der Straße zwischen Moria und Mytilini unter katastrophalen Umständen aus. In den folgenden Tagen gab es weder genug Nahrung oder Wasser, noch irgendeine Art Schutz gegen die Sommerhitze. Während es in Teilen der deutschen und europäischen Politiklandschaft noch hieß: "Kein 2. Moria", wurde binnen kürzester Zeit ein neues Lager ähnlichen Ausmaßes auf einem ehemaligen Militärgelände errichtet. Schnell wurde klar: Die zugrunde liegenden Strukturen bestehen weiter und reproduzieren die Ungerechtigkeit nur an einem anderen Ort. Dass die Menschen in Moria 2.0 eingesperrt sind und unter noch schlechteren Bedingungen überwintern müssen, hat sich in den letzten Monaten des Jahres deutlich gezeigt.

Der Situation auf den kleineren griechischen Inseln

wird im Verhältnis zu Lesbos, aber auch Samos und Chios nicht viel Aufmerksamkeit geschenkt. Da die Lager und die Inseln, die sie beherbergen, viel kleiner sind, gibt es weniger Solidaritätsnetzwerke und sehr wenig Informationen über die aktuelle Situation. Es gibt Berichte aus Kos und Leros, dass Migrant:innen, die in der Peripherie dieser Lager leben, zu Beginn der Pandemie gezwungen wurden, in offizielle Lagerstrukturen zu gehen. Auf Chios starb am 18. April 2020 eine 47-jährige Frau aus dem Irak in Quarantäne. Ihr Tod und die damit verbundenen Gerüchte führten zu einem Aufstand im Lager. Die Lagerbewohner:innen machten die unzureichende medizinische Versorgung für den Tod der Frau verantwortlich, was zu Protesten gegen die unwürdigen Lebensbedingungen im Lager führte.

Auch wenn Lesbos und Moria mit Abstand am stärksten im Fokus der medialen Öffentlichkeit standen, hat sich ebenfalls auf Samos, Chios, Kos, Leros und den anderen ägäischen Inseln die Situation für Geflüchtete 2020 nicht verbessert. Im Zweifelsfall werden dort, aufgrund der geringeren Aufmerksamkeit sogar mehr Menschenrechtsverbrechen, wie illegale Pushbacks von Land, durchgeführt, von denen wir noch weniger mitbekommen. Über die Lager anderer griechischer Inseln ist uns bekannt, dass sie keineswegs bessere Bedingungen als Moria bzw. Moria 2.0 aufweisen.

DIE ROLLE VON PUSHBACKS IM EU-TÜRKEI-DEAL

In den Ländern der EU gibt es den Konsens, Migration "unter Kontrolle" zu halten und die Bewegungsfreiheit sowie die Zuwanderung zu beschränken. Es scheint eine Art politischer Konsens zu sein, dass Migration auf jeden Fall gesteuert

werden muss. Abkommen wie der EU-Türkei Deal sind ein Resultat dieser Politik.

Im Rahmen des Abkommens sind von der EU an die Türkei bisher über 6 Milliarden Euro unter Auflagen überwiesen worden [10]. Die Europäische Union hat die türkische Regierung eingespannt, um den weiteren Zuzug von Geflüchteten gewaltsam zu unterbinden. Die Außengrenzen werden aufgerüstet, damit Menschen aus dem globalen Süden Westeuropa nicht erreichen. Die EU bezahlt daher seit Jahren Millionen an Drittstaaten-Regierungen an den Grenzen Europas (Libyen, Türkei, Jordanien, Libanon, Marokko etc.) zur Errichtung von Internierungslagern für Geflüchtete in teilweise bürgerkriegsähnlichen Zuständen und zum Ausbau der Repressionsorgane wie den Küsten- und Grenzschutz.

Die unerträglichen Zustände für Geflüchtete auf den griechischen Inseln sind eine Konsequenz des Abkommens. Im Sinne des Abkommens werden Flüchtlinge systematisch inhaftiert und vom EU-Gebiet aus ohne Prüfung ihrer Asylgründe in die Türkei abgeschoben. Wird die Türkei als "sicher" für den jeweiligen Schutzsuchenden eingestuft, gilt der Asylantrag bereits als nicht zulässig. Eine inhaltliche Prüfung findet nicht mehr statt. Das griechische Asylrecht wurde derweil mehrfach auf Druck aus Brüssel hin verschärft, um es überhaupt mit den Inhalten des EU-Türkei-Deals vereinbaren zu können [11]. Der EU-Türkei-Deal leistet so auch illegalen Zurückweisungspraktiken wie Pushbacks Vorschub und setzt die Leben Geflüchteter extremer Gefahr aus. Eine Gefahr, die durch eine sich rasch ausbreitende globale Pandemie die Gesundheit und Sicherheit Geflüchteter noch weiter bedroht.



Erdogan öffnete im Februar die Grenzen, die Türkei führte 2020 weniger Pullbacks durch und Abschiebungen aus Griechenland in die Türkei sind seit Beginn der Covid-19 Pandemie ausgesetzt. All diese Faktoren führten im vergangenen Jahr dazu, dass die ägäischen Inseln überfüllter denn je waren. Zeitgleich zum Anstieg der Schutzsuchenden auf den Inseln stieg die Anzahl der durch Griechenland durchgeführten Pushbacks. Dennoch hat im Juli 2020 die EU der Türkei weitere knapp 500 Millionen Euro im Rahmen des "EU-Türkei-Deals" bewilligt [12]. Mit der Einhaltung des Abkommens passieren keineswegs weniger Menschenrechtsverbrechen an Europas Außengrenze. Die EU externalisiert sie lediglich und lässt die Türkei die Arbeit machen.

Augenzeug:innenbericht

Am 10. November 2020 gegen 1 Uhr nachts landete eine Gruppe von 24 Flüchtenden in Katia im Süden von Lesbos. Nachdem sie die Küste erreicht hatten, flohen sie in die umliegenden Wälder, weil sie Angst hatten, dass die griechische Polizei sie illegal in die Türkei zurückbringen würde. Sie entschieden sich in diesem Fall, das UNHCR (United Nations High Commissioner for Refugees) zu kontaktieren, die sich ihrerseits offenbar an die Polizei wandten.

Als die Polizei die Gruppe gefunden hatte, brachte sie diese tiefer ins „Gebüsch“ – weg von der Wohngegend und der befahrenen Straße. Dort nahmen sie den Flüchtenden alle Habseligkeiten ab, behielten die Wertsachen und verbrannten alles andere vor ihren Augen. In der Zwischenzeit schlugen sie die Menschen heftig mit Stöcken und bedrohten sie wiederholt mit Schusswaffen. Die Polizei verschonte nicht

einmal die hochschwängere Frau in der Gruppe, die so heftig gestoßen wurde, dass sie zu Boden fiel.

Körperlich verletzt und geschockt von der Brutalität der Polizei wagte es die Gruppe nicht sich zu wehren als die Polizei sie in Transporter packte und zu einem Hafen fuhr, wo sie in „Schnellboote“ (RhiB's der griechischen Küstenwache) gezwungen wurden. Die Schnellboote brachten sie zu einem größeren Schiff der griechischen Küstenwache mit der Nummer ΛΣ-618, wo sie erneut von der Besatzung geschlagen wurden. Nach etwa einer Stunde Fahrt in Richtung Türkei setzte die Besatzung der Küstenwache eine Rettungsinsel aus und schlug erneut einige der Personen aus der Gruppe, während sie sie in die Rettungsinsel zwangen. Das Schiff der griechischen Küstenwache fuhr dann ab und ließ die Menschen manövrierunfähig und damit der Gewalt des Meeres schutzlos ausgeliefert zurück.



PUSHBACKS: EIN EUROPÄISCHES PROJEKT

2020 ist mehr als deutlich geworden, dass Pushbacks nicht von den griechischen Behörden allein durchgeführt werden, sondern in Zusammenarbeit mit der europäischen Grenzschutzagentur Frontex. Nachdem im Oktober durch eine gemeinsame Veröffentlichung von *DER SPIEGEL* und *Bellingcat* [13] schließlich die Menschenrechtsverletzungen an der EU Außengrenze zwischen Griechenland und der Türkei die internationalen Medien erreichten, folgten weitere Veröffentlichungen sowie vereinzelte Reaktionen aus der Politik.

So wurden auch in Deutschland mehrere Anfragen gestellt zur Involviertheit deutscher Behörden in die illegalen Praktiken im Rahmen von Einsät-

zen von Frontex und NATO. Nach monatelangen abwehrenden Reaktionen aus dem Bundestag war die durch investigativen Journalismus, Augenzeugenberichte und Menschenrechtsbeobachtung erbrachte Beweislast zu hoch, um die Anfragen nach deutscher Beteiligung an Pushbacks weiter ignorieren zu können. Im Januar 2021 beschäftigte sich schließlich der Innenausschuss des Bundestages thematisch damit. Frontex-Chef Fabrice Leggeri wurde zu Rechtsbrüchen seiner Behörde befragt und von einzelnen Abgeordneten scharf kritisiert. Das kann aber erst der Anfang sein. Damit diese brutalen Pushbacks gar nicht mehr möglich sind, benötigt es Kontrollinstanzen, die Aufarbeitung aller bisherigen Fälle und die Abschaffung der

Grenzagentur, welche gezielt die Rechte von Geflüchteten missachtet.

Im Herbst 2020 wurde die aktive und passive Beteiligung von Frontex an mindestens sechs Pushbacks aufgedeckt. Frontex schiebt die Verantwortung dafür dem "Host-state", also Griechenland, zu. Griechenland selbst leugnet wiederum überhaupt Pushbacks durchzuführen. Dass es eindeutige Beweise gibt, scheint weder die griechischen noch die europäischen Behörden zu stören. Am 8. Juni 2020 war das rumänische Frontex Schiff "MAI1102" in einen Pushback verwickelt, von dem es sogar Videoaufnahmen gibt [14]. Ein weiteres rumänisches Frontex Schiff, die "MAI1103", war am 15. August 2020 gemeinsam mit dem deutschen Marineschiff "A1411Berlin" ebenfalls an einem Pushback beteiligt. Die "A1411Berlin" war zu dem Zeitpunkt unter NATO Kommandatur in der Ägäis im Einsatz.

Ein vom DER SPIEGEL veröffentlichtes internes Dokument beschreibt zudem einen von Frontex dokumentierten Pushback in der Nacht vom 18. zum 19. April 2020. Ein Frontex Flugzeug beobachtete, wie Flüchtende erst an Bord eines Schiffes der griechischen Küstenwache gebracht und anschließend in einem Schlauchboot ohne Motor in türkischen Gewässern ausgesetzt wurden. Die Frontex Beamt:innen meldeten den Vorfall und Frontex Chef Fabrice Leggeri wandte sich an die griechische Regierung. Letztendlich stufte Leggerie den Fall jedoch nicht als Grundrechtsverletzung ein [15].

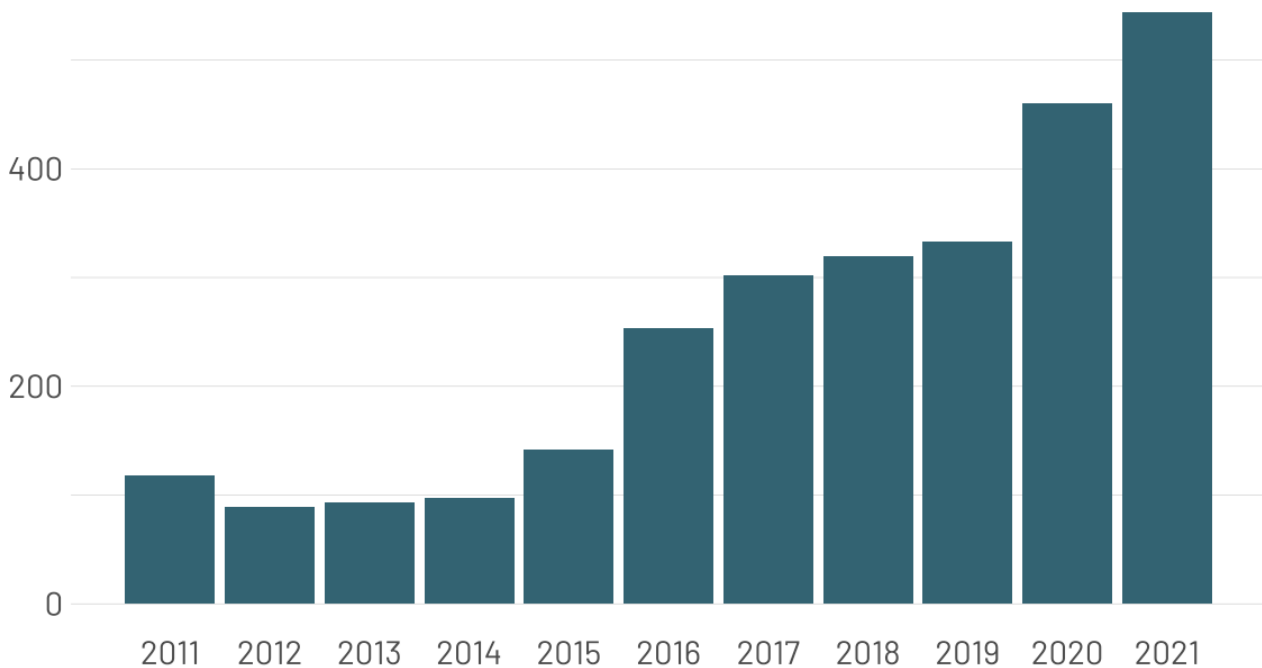
Der Vorfall war nicht der Erste, bei welchem Frontex nachweislich Kenntnis über einen illegalen Pushback hatte und die Menschenrechtsverletzungen in der Ägäis wissentlich ignorierte. Im März

2020 verweigerte die Besatzung eines dänischen Frontexschiffes die Teilnahme an einem durch die griechischen Behörden zuvor angeordneten illegalen Pushback. Der Fall wurde zwar gemeldet, jedoch zeigte Frontex keinerlei Interesse daran, diesen aufzuklären. Ermittlungen wurden innerhalb eines Tages abgeschlossen und der Pushback als Einzelfall dargestellt. Fabrice Leggeri bezeichnete das Ganze anschließend als "Missverständnis" [16][17].

Als Reaktion auf die aktuelle Berichterstattung zur Beteiligung von Frontex an illegalen Pushbacks in der Ägäis durch verschiedene Journalist:innen und NGOs kündigte Frontex zunächst interne Ermittlungen an und legte in einer Sondersitzung im November 2020 schließlich einen Bericht vor. Fabrice Leggeri gibt zu, dass Frontex Schiffe in der Nähe von Pushbacks waren, jedoch gäbe es keine Kenntnisse über Rechtsverstöße. Da keine Frontex Crew eine Menschenrechtsverletzung gemeldet habe, geht Leggeri davon aus, dass es auch keine gegeben haben kann. Zudem betont er, dass sich Frontex stets an die Anweisungen lokaler Behörden halte [18]. Dies mag zwar sein, jedoch unterstützt Frontex damit aktiv Menschenrechtsverletzungen.

Die Beteiligung von Frontex an illegalen Pushbacks und Menschenrechtsverletzungen ist nicht neu. In den westlichen Balkanstaaten und an der Landgrenze zwischen Griechenland und der Türkei werden Beweise und Berichte über Pushbacks seit Jahren systematisch ignoriert [19]. Und auch in der Ägäis ist Frontex seit Jahren in Pushbacks involviert oder zumindest darüber informiert, wie beispielsweise ein Bericht von *Pro Asyl* aus dem Jahr 2014 [20] und der *AlarmPhone*-Fall vom 11.6.2016 zeigen, bei dem ein rumänisches sow-

Budget von Frontex in Millionen Euro



ie ein portugiesisches Frontex Schiff an einem Pushback beteiligt waren [22].

Warum es nicht reicht zu fordern, dass Frontex nicht an Menschenrechtsverletzungen teilnehmen und die anderen melden sollte, wird sichtbar, wenn man sich etwas mehr mit der Struktur und Arbeitsweise der Behörde auseinandersetzt. Frontex wurde als europäische "Grenzschutzagentur" im Jahr 2004 gegründet und arbeitet sowohl mit eigenen Mitarbeiter:innen, als auch mit Beamt:innen der EU-Mitgliedsstaaten. Es gibt mehrere Frontex Missionen, die nach Regionen unterteilt sind und jeweils auf einem eigenen Verhaltenskodex beruhen.

Die Aufgabe von Frontex ist es, die europäischen Außengrenzen zu "schützen", jedoch nicht um jeden Preis. Menschenrechtsverletzungen sind eigentlich zu melden und die jeweilige Mission müsste daraufhin abgebrochen werden. Da Frontex in einem Feld tätig ist, in dem Menschenrechtsverletzungen keine Seltenheit darstellen,

ist eine unabhängige Kontrollinstanz dringend notwendig, die es so bislang nicht gibt. Stattdessen ist die Zusammenarbeit mit nationalen Grenzschutzbehörden absolut undurchsichtig. Fehlende Überwachung und ein Kontrollverlust über die Handlungen der Behörde sind fruchtbarer Boden für Machtmissbrauch. Dazu kommt, dass eine Vergrößerung von Frontex bereits in Planung ist. Bis 2027 soll Frontex ein Budget von rund 12 Milliarden Euro sowie 10.000 Einsatzkräfte als ständige Reserve erhalten [23][24]. Der Journalist Arne Semsrott bringt es auf den Punkt:

„Frontex darf, ausgestattet mit einem Milliardenbudget, einem neuen Hauptquartier in Warschau, eigenen Fahrzeugen und bald auch Waffen und Uniformen, an den Grenzen größtenteils machen, was sie will. Sie verteilt inzwischen Millionenaufträge an Rüstungsunternehmen, macht in Brüssel Lobby in eigener Sache und geht aggressiv gegen kritisch berichtende Journalist:innen vor.“ [25]

Das Problem von Frontex ist in der Struktur der

Behörde angelegt und kann nicht durch Reformen gelöst werden. Eine Untersuchungskommission oder Rücktrittsforderungen gegen Fabrice Leggeri reichen bei Weitem nicht aus. Blickt man auf die Struktur und Aktivitäten der Behörde, ist Frontex schlicht nicht mit einem Europa vereinbar, welches sich auf Menschenrechte beruft und 2012 den Friedensnobelpreis erhielt.

Menschenrechte einzuhalten ist ein Mindeststandard, der sowohl von Individuen, als auch von Institutionen und Behörden zu erwarten ist. Europäische Behörden, die diesen nicht einhalten, gehören abgeschafft. Die Milliarden, die jährlich in die Arbeit von Frontex fließen, könnten anders angelegt Menschenleben an den Grenzen retten. 2020 sind über 1.000 Menschen an Europas Außengrenzen gestorben, vor allem auf dem Mittelmeer. Ohne sichere Fluchtrouten wird es auch in den kommenden Jahren nicht weniger Tote geben. Die Abschottung, die die europäischen Grenzen zu einem rechtsfreien und tödlichen Ort macht und für die Frontex so beispielhaft steht, ist keine Lösung. Europa macht es sich in einer Illusion von Menschenrechten und Freiheiten bequem, die darauf beruht, allen Außenstehenden eben diese zu verwehren.

BETEILIGUNG DEUTSCHER AKTEUR:INNEN AN PUSHBACKS

Mehrere Berichte machen deutlich, dass auch andere europäische Akteur:innen abseits der europäischen Grenzschutzbehörde involviert sind und bringen die Erzählung der alleinigen griechischen Verantwortung endgültig ins Wanken. Jüngst sorgte die Präsenz des Schiffes "Uckermark" der deutschen Bundespolizei bei einem Pushback Anfang August für Aufsehen. Laut dem

Bericht, der dem *SPIEGEL* und *Report Mainz* vorliegt, entdeckte am 10. August 2020 der griechische Beobachtungsposten "Praso" um sechs Uhr morgens ein Schlauchboot. Es wurden alle umliegenden Schiffe alarmiert und rund 15 Minuten später traf die Besatzung des deutschen Bundespolizei-Schiffes "BP62", genannt "Uckermark", ein.

Die Bundespolizist:innen fanden ein überfülltes Schlauchboot mit 40 Personen an Bord vor und stoppten es. Anstatt die Insassen aus Seenot zu retten, blockierten sie zunächst die Weiterfahrt, ließen die 40 Personen im Schlauchboot ausharren und übergaben den Einsatz schließlich an die griechischen Behörden.

Die Bundespolizei muss das sich anschließend anbahnende Unrecht geahnt haben. Von offizieller Seite heißt es, die Bundespolizei habe sich im Anschluss per E-Mail erkundigt, was mit den Insassen des Schlauchbootes passiert sei. Die Antwort, die sie von den griechischen Behörden erhielten, ist an Zynismus nicht zu überbieten, schien die Bundespolizist:innen dennoch nicht in Verlegenheit zu bringen: Das vorgefundene Schlauchboot habe beim Anblick der griechischen Küstenwache den Kurs geändert und sei zurück in Richtung Türkei gefahren.

Was in der Zwischenzeit wirklich geschah, ist offensichtlich. Ein Foto, das zwei Stunden später von der türkischen Küstenwache aufgenommen wurde, lässt keine Zweifel zu [26]. Die 40 Menschen wurden in türkische Gewässer zurückgedrängt und dort auf offenem Meer ausgesetzt. Anstatt die Menschen zu retten, wie es ihre Pflicht gewesen wäre, hat sich die Bundespolizei damit aktiv am Unrecht gegen Menschen auf der Flucht beteiligt.

Nicht einmal ein "Serious Incident Report", welcher bei Verdacht auf Menschenrechtsverletzungen vorgeschrieben ist, wurde von den Bundespolizist:innen angefertigt [27].

Wenig überraschend bestätigte das deutsche Innenministerium zwar den groben Verlauf des Einsatzes, streitet jedoch jegliche Verantwortung der "Uckermark" ab [28]. Da keine unmittelbare Seerettung bestanden habe, wurde die Situation lediglich an die Einsatzleitung gemeldet. Daraufhin wurde die "Uckermark" von der griechischen Küstenwache abgelöst und kehrte wie angeordnet in den Hafen zurück. Grundsätzlich hätten die deutschen Einsatzkräfte im Rahmen der Frontex-Operation "Poseidon" gehandelt und wären somit den griechischen Behörden unterstellt gewesen. Von einer Beteiligung an einem Pushback könne nicht die Rede sein, so das Innenministerium.

Das wiederholte Bekenntnis, sich stets an die Anweisungen lokaler Behörden zu halten, ist bereits aus anderen Stellungnahmen von Frontex zu zweifelhaften Einsätzen bekannt [29]. Zu gerne lässt man vornehmlich die griechischen Behörden die menschenverachtende Abschottungspraxis an der europäischen Außengrenze durchführen. Gerät man jedoch selbst in die Schusslinie, wie im Fall der "Uckermark", lässt sich ohne Weiteres auf die Verantwortlichkeiten Griechenlands sowie fadenscheinige Sachzwänge verweisen. Die unverhohlene Dankbarkeit, die deutlich wird, wenn Innenminister Horst Seehofer erklärt, Griechenland verteidige an der Außengrenze "Europas Integrität", ist demnach wenig verwunderlich.

Es ist darüber hinaus nicht das erste Mal, dass die Frage aufgeworfen wird, wie stark Deutschland an illegalen Pushbacks in der Ägäis beteiligt ist.

Die "Uckermark" selbst war bereits im Mai 2020 in einem Vorfall involviert, bei welchem sie aktiv dabei half, ein Boot mit Flüchtenden vor Samos abzufangen und den Menschen damit ihr Recht auf Asyl zu verweigern. Ganz zu schweigen von der "A1411 Berlin" der deutschen Marine, die unter Nato-Kommando operiert und bereits mehrmals bei brutalen und illegalen Pushbacks als Augenzeugin anwesend war.

Am 08. Juni 2020 blockierte Frontex so lange ein Boot mit Flüchtenden, bis die griechische Küstenwache eintraf. Diese zerstörte dann den Motor und drängte das Boot zurück in türkische Gewässer. Im Hintergrund eines Videos der ebenfalls anwesenden türkischen Küstenwache ist gut erkennbar die "A1411 Berlin" [30].

Auch am 17. Juni 2020 war das Schiff der Bundeswehr, die "A1411 Berlin", genannt "Berlin", bei einem Pushback von 67 Menschen, darunter 20 Frauen und 27 Kinder, vor Lesbos am Ort des Geschehens [31]. Obwohl das Boot von der griechischen Küstenwache durch Zerstörung des Motors manövrierunfähig gemacht worden war und stundenlang hilflos in griechischen Gewässern trieb, während gleichzeitig Wasser ins Boot trat, griff die Besatzung der "Berlin" nicht ins Geschehen ein.

Eine Anfrage an den Bundestag durch die *Grünen*-Abgeordnete Luise Amtsberg, ob die Bundesregierung Erkenntnisse über Pushbacks in der Ägäis habe ergab, dass dies nicht offengelegt werden könne, da es "nachteilige Auswirkungen auf NATO-Aktivitäten [und] die bilateralen Beziehungen von Deutschland und Griechenland" haben könnte". [32] Auch Andrej Hunko (MdB der Fraktion *DIE LINKE*) stellte kürzlich die Anfrage, ob Schiffe der deutschen Marine unter NATO oder

Frontex-Operation Pushbacks beobachtet haben. Das Bundesverteidigungsministerium gab zu, dass deutsche Marineschiffe einen Fall am 19.06.2020 beobachtet hatten.

Die Bundesregierung tut sich jedoch im Umgang mit eklatanten Menschenrechtsverletzungen durch frappierende Passivität hervor [33].

Das notorische Wegschauen und die vorgespelte Unwissenheit sind zur Gewohnheit geworden. Die Strategie ist bekannt, sowohl bei deutschen Einheiten wie der "Uckermark" oder der "Berlin" als auch bei Frontex. Spätestens jetzt sollte deutlich werden: Pushbacks sind Menschenrechtsverbrechen, die nicht nur vornehmlich von griechischen Behörden organisiert werden, sondern eine gemeinsame europäische Strategie, die ebenso gängig wie unmenschlich ist.

Bei der Anhörung im Innenausschuss rühmte sich Frontext-Chef Fabrice Leggeri für seine gute Aufklärungsarbeit im Rahmen der verschiedenen Vorfälle. Für jeden Vorfall sei eine eigene Kommission gegründet worden, die ihre Ergebnisse dann im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft des Frontex-Verwaltungsrates zusammengestellt haben, in der auch Deutschland Mitglied ist.

Auf die Frage, ob das von NGOs gesammelte Videomaterial und andere Belege ausgewertet worden seien, antwortete er nicht. Der Schwerpunkt in der Ausschusssitzung lag auf dem Vorfall vom 10. August 2020 und die im Einsatz befindliche "Uckermark". In diesem Fall widerspricht der Bericht der Bundespolizei den Schilderungen der griechischen Küstenwache. Hergang der Vorgänge war laut Bundespolizei wie folgt: Die Bundespolizei sieht und stoppt das Schlauchboot, informiert

die griechische Küstenwache, übergibt das Kommando und sieht, dass die griechische Küstenwache Menschen an Bord nimmt. Daraufhin fährt die "Uckermark" zurück in den Hafen. Bei der Rückkehr des griechischen Schiffs in den Hafen wunderten sie sich, dass darauf keine Menschen bzw. kein Schlauchboot waren. Auf Nachfrage seien sie von den griechischen Beamten informiert worden, dass das Schlauchboot freiwillig zurück in türkische Gewässer gefahren sei.

Offensichtlich hatte die griechische Küstenwache das Schlauchboot zurück in türkische Gewässer geschleppt, statt sie selbst aufzunehmen – ein brutaler Push-back. Zumindest gibt es Fotos, die zeigen, dass die Flüchtenden anschließend von der türkischen Küstenwache aus dem Schlauchboot gerettet werden. Die Widersprüche zur Darstellung der griechischen Beamten und der der Bundespolizei haben bislang keine Klärung erfahren.

Die Bundespolizei hat laut Dieter Romann, Chef des Bundespolizeipräsidiums, alles getan, um den Vorfall am 10. August 2020 aufzuklären. Das Problem läge in der geteilten Verantwortung mit der griechischen Küstenwache und der Nichtkontrollierbarkeit von Frontex.

Die Stellen für die 40 Grundrechtsbeobachter:innen bei Frontex wurden nach wie vor nicht besetzt. Laut Fabrice Leggeri soll dies im Frühjahr 2021 geschehen.

"Deutsche dürfen sich auf keinen Fall an Pushbacks beteiligen, auch nicht indirekt", sagte Frank Schwabe, der menschenrechtspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, dem *SPIEGEL* und dem ARD-Magazin *Report Mainz*. "Und wenn Fron-

tex das nicht sicherstellen kann, muss das deutsche Kontingent zurückgezogen werden."

Wir begrüßen diese Forderung, auch wenn sie zu kurz greift. Frontex als solches sowie die EU-Grenzpolitik sind von grundauf darauf ausgelegt, die Grenzen und nicht die Menschenrechte mit allen Mitteln zu schützen.

Angesichts der erdrückenden Beweislage ist eine unabhängige Untersuchung und Aufarbeitung der deutschen Beteiligung bei Pushbacks dringend notwendig! Die menschenverachtende Praxis von Pushbacks sowie die dahinterstehende tödliche Abschottungspolitik Europas müssen ein Ende haben!

Augenzeug:innenbericht

Am 30. Oktober 2020 wurden 19 Menschen auf dem Weg nach Rhodos zurückgedrängt wurde. Sie konnte ein Telefon vor den Beamt:innen verstecken und so den Vorfall dokumentieren. Sie alle versammelten sich in Marmaris in der Türkei und wurden dann zu einem Boot an der Küste gebracht. Sie starteten in Richtung Griechenland, nach 2 Stunden ging der Motor kaputt und sie konnten ihn nicht wieder zum Laufen bringen. Nachdem sie 30 Minuten lang auf dem Meer trieben, entdeckte sie ein griechisches Militärschiff in griechischen Gewässern.

"Sie [das griechische Militär] warfen Seile an unser Boot und begannen, uns zu [ihnen] zu ziehen und wegen der hohen Wellen traf unser Boot ihr Schiff, ging kaputt und Wasser lief herein.

Wir sollten auf ihr Schiff zu klettern. Ich war der Erste, dann sagten [sie] mir ich soll den anderen helfen, natürlich schrien sie uns an und stießen uns.

Ich half einer palästinensischen Mutter und ihrem dreijährigen Mädchen an Bord, als ein Offizier kam und uns in seiner Sprache anbrüllte. Ich verstand nicht, was er sagte und dann befahl [er] den anderen Soldaten, uns zu dem kaputten Boot zurückzubringen. Die Frau und ihr Mädchen gingen zurück ins Boot, dann folgte ich.

Dann benutzten sie lange Stöcke und drängten uns etwa 30 Meter von ihrem Schiff weg und standen da uns sahen uns zu. Nach 5 Minuten

traf die griechische Küstenwache ein und zog uns, genau wie das Militärschiff zuvor.

Nachdem sie uns auf das Schiff der Küstenwache gebracht hatten, schossen sie etwa 20 Mal auf unser Boot, bis es vollständig zerstört war. Es war [ein] automatisches Maschinengewehr. Wie eine M16 oder so. Mehr als 20 Mal oder mehr. Wir konnten uns nicht konzentrieren und zitterten, wir verloren die Übersicht. Die Babys und Kinder hatten solche Angst vor den Schüssen. Sie weinten und schrien, eines der Mädchen wurde fast ohnmächtig. Wir benutzten Handdesinfektionsmittel, um sie zu [wecken]. Es waren wirklich beängstigende Momente. Ich hoffe, dass das aufhört.

Sie schrien und schrien uns wieder an, durchsuchten all unsere Taschen und durchsuchten uns eine:n nach der:dem anderen, nahmen all unsere Telefone und die Portemonnaies einiger Leute mit. Sie fuhren etwa eine Stunde oder anderthalb Stunden, wir saßen im hinteren Teil des Schiffes.

Sie bereiteten kleine orangefarbene Boote mit Blinklicht oben drauf vor, sie wurden mit Luft angeblasen. Dann teilten sie uns in 2 Gruppen auf und setzten uns in diesen orangefarbenen Booten auf dem Meer aus, das war gegen Mitternacht. Ich bin mir nicht sicher über die Zeit, da wir keine Telefone hatten und sie uns nicht erlaubten, zu fragen oder zu sprechen oder auch nur zum Schiff zu schauen. Sie sagten uns, wir sollten aufs Meer schauen, da wir im hinteren Teil des Schiffes waren.

Das Meer spielte mit uns, die Wellen umspülten uns und wir näherten uns der Küste, welcher

Küste wussten wir nicht, weil wir keine Ahnung hatten, wo wir [uns] befanden. Nach vielleicht 3 Stunden erreichten wir eine felsige Küste mit scharfkantigen Felsen, unser Boot traf darauf und wurde beschädigt, Wasser floss hinein. Hier sahen wir die Lichter der türkischen Küstenwache.

Zwei Schiffe kamen und zogen uns an einem Seil weit von der Küste weg und brachten uns zu ihrem Zentrum in Marmaris. Wir kamen gegen 6 Uhr morgens an, blieben dort bis 10 Uhr morgens und dann wurden wir zur Janderma (Grenzwache) gebracht. Dort blieben wir den ganzen Tag. Um 19 Uhr brachten sie uns zur Einwanderungsbehörde und dann zum Busbahnhof.

Ich habe euch nicht von der Angst und dem Moment erzählt, den wir während der Fahrt im Meer [in den Rettungsinseln] erlebten, als die Wellen uns fast umkippten. Ich dachte nur daran, meine Kinder zu sehen, bevor ich sterbe. Es war schrecklich.

Ich möchte, dass die Leute wissen, dass wir nicht verantwortungslose Menschen sind. Wir unterschätzen das Leben nicht, wir lieben es zu leben, alle von uns haben eine Geschichte hinter sich. Es ist nur so, dass wir (die meisten von uns) vor dem sicheren Tod fliehen. Wir riskieren alles, um unseren Kindern ein Minimum von einem sicheren Leben an einem sicheren Ort zu bieten.“



AUSBLICK UND FORDERUNGEN

Im Jahr 2020 ist Mare Liberum Zeuge einer regelrechten Eskalation gewaltsamer Pushbacks in der Ägäis geworden. Wie im Rahmen des Jahresberichts deutlich geworden ist, sind Pushbacks keine Einzel- oder Extremfälle europäischer Abschottung, sondern vielmehr der gegenwärtige und alltägliche "Modus Operandi" an der EU-Außengrenze. Pushbacks lassen sich nur als Teil einer menschenverachtenden und tödlichen Abschottungspolitik verstehen, die weit über die Grenzen der Ägäis hinaus sichtbar wird. So sind systematische Menschenrechtsverletzungen zur Normalität an den EU-Außengrenzen geworden. Täglich sind Flüchtende, die versuchen die Grenze nach Europa zu überqueren, extremer Gewalt

durch Obrigkeiten ausgesetzt. Es gibt regelmäßig Berichte von Migrant:innen auf der Balkanroute, die zusammengeschlagen, nackt ausgezogen, mit einem "X" auf dem Kopf markiert, zurück über die Grenze gezwungen werden. Erst vor Kurzem hat sich Malta wiederholt geweigert, Boote in akuter Seenot zu retten und hat stattdessen im Wasser schwimmende Menschen beinahe überfahren. Neu ankommende Geflüchtete auf Malta wurden auf einem Gefängnisboot zusammengepfercht, wo die Bedingungen so furchtbar waren, dass ein Mensch aus Verzweiflung Selbstmord beging und andere in Hungerstreik traten. Zusätzlich wird die zivile Seenotrettung fortwährend kriminalisiert und davon abgehalten, Leben zu retten.

Sei es die Balkanroute oder das offene Meer, europäische Politiker:innen sind bislang bemerkenswert still geblieben und haben es versäumt, diese Verbrechen zu verurteilen. Im Gegenteil: Es scheint, dass sie lieber tausende Flüchtende sterben sehen, als dass diese Europa erreichen. Dieser Wandel von reiner Ignoranz und Vernachlässigung zu aktivem und massivem Gewalteinsatz gegen Menschen auf der Flucht zeigt deutlich die Eskalation der Anti-Migrations-Politiken und ihrer Akzeptanz durch politische Institutionen und Akteur:innen.

EUROPÄISCHE ABSCHOTTUNGSPOLITIK: KEIN ENDE IN SICHT!

Ein Ende der europäischen Abschottungspolitik ist derzeit nicht abzusehen. Stattdessen treibt die EU mit dem im September 2020 von der EU-Kommission vorgestellten "New Pact on Migration and Asylum" die aktive Abwehr von Fliehenden an der eigenen Außengrenze weiter voran. Der Pakt greift dabei nicht das Asylrecht selbst an, sondern setzt vielmehr auf eine perfide Strategie, die Schutzsuchenden bereits den Zugang zu Asyl durch eine Vielzahl neuer Hürden verbaut [34]. Das individuelle Recht auf Asyl verkommt dabei immer mehr zu einer leeren Versprechung. Es ist für viele Schutzsuchende faktisch nicht mehr zu erreichen.

Stattdessen beinhaltet der neue Pakt Abschottung, noch weniger Chancen für Flüchtende, Asylverfahren unter Haftbedingungen und vor allem Ablehnungen und Abschiebungen direkt an den Außengrenzen sowie nochmals schnellere Rückführungsverfahren. Durch sogenannte "Screening-Center" an den Außengrenzen der EU werden die Einreise- und Asylverfahren dabei weg von den Mitgliedsstaaten auf europäische Ebene gehoben.

Anstatt dass diese Center, aus denen unweigerlich weitere geschlossene Massenlager mit den dazugehörigen Versorgungsempässen werden dürften, zum jeweiligen EU-Staat gehören, sind diese nun Zonen, die rechtlich nicht zum EU-Gebiet zählen. Durch die sogenannte "Fiktion der Nichteinreise" werden Menschen, in der Hoffnung, nach einer langen und zehrenden Reise endlich in der EU angekommen zu sein, in einen staatenlosen Raum verfrachtet, in dem ihr Zugang zu Rechtsschutz und einer fairen Behandlung stark eingeschränkt ist. Gleichzeitig werden die verbindlichen Kriterien für sogenannte sichere Drittstaaten, in die abgeschoben werden darf, massiv gesenkt. Bereits die Durchreise durch einen Staat wie die Türkei soll genügen, dass dieser Staat als sicher gilt. Schließlich sollen die Einsätze von Frontex ab 2021 durch eine "ständige Reserve" verstärkt werden, die lediglich die Bekämpfung der illegalisierten Einreise und Schlepperei zum Ziel hat.

Mit all diesen Maßnahmen schafft sich die EU einen politischen Rahmen samt bürokratischem Vokabular, in dem brutale Menschenrechtsverletzungen zunehmend wie vermeintlich legitime Praktiken europäischer Grenzpolitik erscheinen. Die Einhaltung von Menschenrechten scheint im operativen Drehbuch von Frontex und Co kaum mehr eine Rolle zu spielen [35]. So ist zu erwarten, dass der "New Pact" illegale Zurückweisungen an der EU-Außengrenze noch einmal drastisch erleichtern wird und Pushbacks einen fruchtbaren Boden liefern wird.

UNSERE FORDERUNGEN

Wir sind tief besorgt über die Missachtung des internationalen Rechts und der Menschenrechte und über die Militarisierung der Grenzregionen. Es ist eine tödliche und illegale Praxis, die sofort gestoppt werden muss. In ihrem Bestreben in Europa Sicherheit zu finden, sind Flüchtende tagtäglich extremer Gewalt und Erniedrigung ausgesetzt. Die verantwortlichen Behörden auf nationaler wie europäischer Ebene reagieren ihrerseits bisher nur mit schockierender Gleichgültigkeit. Menschenrechte gelten global und nicht ausschließlich für weiße europäische Bürger:innen! Es muss einen öffentlichen Aufschrei und eine umfassende, staatliche Verurteilung dieser Verbrechen geben. Wir fordern Bewegungsfreiheit und sichere Überfahrt für Alle!

Die Ägäis ist ein Schauplatz täglicher Menschenrechtsverbrechen geworden und eine Black Box für Informationen dazu. Dennoch wurden Pushbacks durch Videos, Zeugenaussagen und forensische Beweise belegt. Trotzdem schafft es die Europäische Union nicht, die Durchführung von Pushbacks auf beinahe industrieller Ebene zu verurteilen und zu beenden – tatsächlich unterstützt sie sogar dieses System der Abschottung und die zunehmende Professionalisierung dieser illegalen Machenschaften.

Wir brauchen sichere Fluchtwege! Bis dahin dürfen die zivile Seenotrettung und Beobachtungsmissionen nicht kriminalisiert und blockiert werden. Vor allem aber müssen wir all die Menschen in Erinnerung halten, die es nicht geschafft haben.

Für sie und für alle Menschen, die in Zukunft auf

dem Meer in Seenot geraten und aufgrund ihrer Herkunft nicht gerettet werden, müssen wir unsere Anstrengungen im Kampf gegen das tödliche Grenzregime Europas und die Politik der Abschottung noch weiter verstärken.

QUELLEN

- [1] <https://fragdenstaat.de/blog/2020/09/19/schiffssicherheitsverordnung-bmvi-scheuer/>
- [2] <https://www.ecchr.eu/en/glossary/push-back/>
- [3] <https://www.borderviolence.eu/legal-framework/>
- [4] <http://legalcentresvos.org/wp-content/uploads/2020/07/Collective-Expulsions-in-the-Aegean-July-2020-LCL.pdf>
- [5] <https://data2.unhcr.org/en/situations/mediterranean/location/5179>
- [6] <https://www.emprosnet.gr/politiki/mitarakis-peraitero-meiosi-tou-yperplithysmoy-sta-nisia-eos-ta-xristoygenna?fbclid=IwAR04pJiZXYz-7BmwW0sHr>
- [7] <https://www.ekathimerini.com/256498/article/ekathimerini/news/minister-over-10000-migrants-stopped-from-entering-greece>
- [8] <https://taz.de/Ursula-von-der-Leyen-in-Griechenland!/5666327/>
- [9] <https://www.infomigrants.net/en/post/21942/ongoing-refugee-crisis-in-greece-set-to-continue-in-2020>
- [10] https://de.wikipedia.org/wiki/EU-Türkei-Abkommen_vom_18._März_2016
- [11] <https://www.proasyl.de/hintergrund/eu-tuerkei-deal-das-versagen-europaeischer-fluechtlingspolitik/>
- [12] <https://www.dw.com/de/eu-gibt-türkei-knapp-500-millionen-euro-für-flüchtlinge-aus-syrien/a-54133608>
- [13] <https://www.bellingcat.com/news/2020/10/23/frontex-at-fault-european-border-force-complicit-in-illegal-pushbacks/>
- [14] <https://www.aa.com.tr/en/europe/eu-border-force-helps-greece-violate-asylum-seekers-/1924458>
- [15] <https://www.spiegel.de/consent-a?targetUrl=https%3A%2F%2Fwww.spiegel.de%2Fpolitik%2Fausland%2Fwie-frontex-chef-fabrice-leggeri-die-oeffentlichkeit-getaeuscht-hat-a-97235557-16c5-4340-bf9b-c1032b2dabab>
- [16] <https://fragdenstaat.de/blog/2020/11/18/frontex-pushbacks-denmark/>
- [17] <https://www.politico.eu/article/danish-frontex-boat-refused-order-to-push-back-rescued-migrants-report/>
- [18] <https://www.spiegel.de/politik/ausland/pushbacks-in-der-aegaeis-wie-frontex-menschenrechtsverletzungen-vertuscht-a-58a43131-1797-4712-96e4-0a4579610eb5>
- [19] <https://www.borderviolence.eu/frontex-involvement-in-pushback-operations/>
- [20] https://www.proasyl.de/wp-content/uploads/2014/02/proasyl_pushed_back_24.01.14_a4.pdf
- [21] <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1172183/umfrage/budget-der-europaeischen-agentur-fuer-die-grenz-und-kuerstenwache-frontex/>
- [22] https://alarmphone.org/en/2016/06/15/watchthemed-alarm-phone-denounces-illegal-push-back-operation-with-frontex-present/?post_type_release_type=post
- [23] <https://www.josoor.net/post/frontex-protection-or-abuse>
- [24] <https://www.proasyl.de/news/frontex-eine-grenzschutzagentur-der-superlative/>

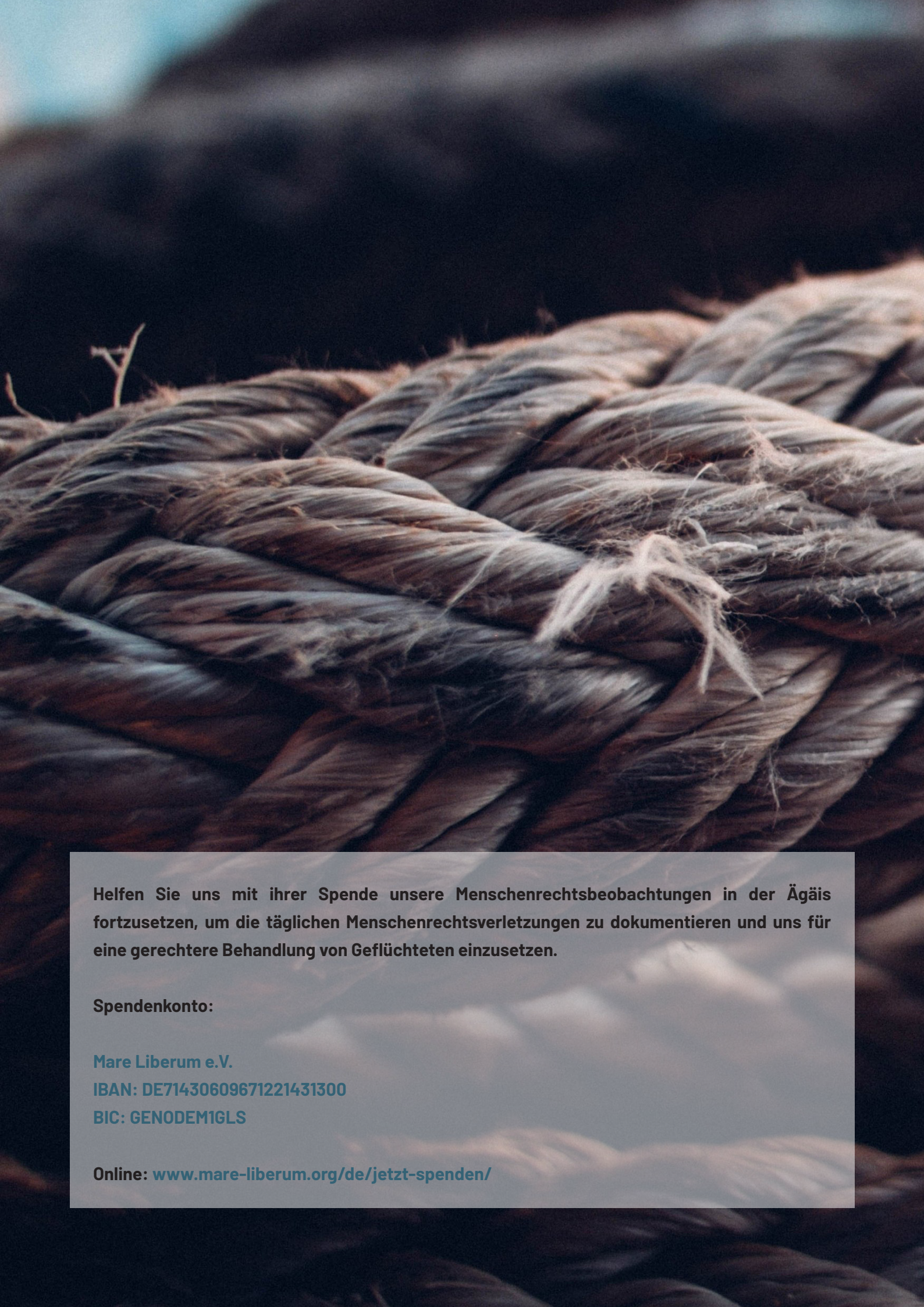
- [25] <https://fragdenstaat.de/blog/2020/12/05/frontex-eine-eu-agentur-ausser-kontrolle/>
- [26] <https://en.sg.gov.tr/40-irregular-migrants-were-rescued-off-the-coast-of-aydin>
- [27] <https://www.spiegel.de/politik/ausland/pushbacks-in-der-aegaeis-wie-frontex-menschenrechtsverletzungen-vertuscht-a-58a43131-1797-4712-96e4-0a4579610eb5>
- [28] https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/regierungspressekonferenz/2421978#content_4
- [29] <https://www.proasyl.de/news/beteiligung-von-frontex-und-deutschen-einsatzkraefte-an-pushbacks-muss-konsequenzen-haben/>
- [30] <https://www.aa.com.tr/en/europe/eu-border-force-helps-greece-violate-asylum-seekers-/1924458>
- [31] https://twitter.com/alarm_phone/status/1273163110120120320?s=20
- [32] <https://polit-x.de/de/documents/3874084/bund/bundestag/drucksachen/schriftliche-fragen-2020-06-30-schriftliche-fragen-mit-den-in-der-woche-vom-22-juni-2020-eingegangenen-antworten-der-bundesregierung>
- [33] <https://www.andrej-hunko.de/start/download/dokumente/1516-von-deutschen-einheiten-beobachtete-push-backs-in-der-aegaeis/file>
- [34] <https://www.proasyl.de/pressemitteilung/pakt-oeffnet-tuer-und-tor-fuer-zurueckweisung-an-europas-grenzen/>
- [35] <https://www.law.ox.ac.uk/research-subject-groups/centre-criminology/centreborder-criminologies/blog/2021/01/validating-border>

IMPRESSUM

Herausgeber:in: Mare Liberum e.V., Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin

Grafiken: CorrelAid

Bildernachweise: Arian Henning / Mare Liberum (Front- und Backcover), Maria Klenner / Mare Liberum (S. 2-3), Mare Liberum (S. 4), Arian Henning / Mare Liberum (S. 7), Maria Klenner / Mare Liberum (S. 13), Arian Henning / Mare Liberum (S. 18), Arian Henning / Mare Liberum (S. 20), Arian Henning / Mare Liberum (S. 30), Arian Henning / Mare Liberum (S. 35)



Helfen Sie uns mit ihrer Spende unsere Menschenrechtsbeobachtungen in der Ägäis fortzusetzen, um die täglichen Menschenrechtsverletzungen zu dokumentieren und uns für eine gerechtere Behandlung von Geflüchteten einzusetzen.

Spendenkonto:

Mare Liberum e.V.

IBAN: DE71430609671221431300

BIC: GENODEM1GLS

Online: www.mare-liberum.org/de/jetzt-spenden/



Bleiben Sie über aktuelle Entwicklungen informiert und folgen Sie uns in den sozialen Medien:

facebook.com/MareLiberumOfficial/

twitter.com/teammareliberum

instagram.com/mareliberumofficial/

Oder besuchen Sie unsere Website:

www.mare-liberum.org/